

1. Jahrgang, Nr. 1 Juni 1983
Einzelpreis: S 30 / Abo (4 Hefte): S 100

es



Weder Wauer
OS-Gelaber

BEHINDERTEN ALLTAG wie man behindert wird

PERSÖNLICHE ERFahrungen

Sonja Lonari: Manfred
Ernst Schwanninger: Alle Macht der Betreuung?
Josefina Wildberger: Körperbehinderte auf der Suche nach Partnerschaft und sexueller
Beziehung
Brigitte Wenker: Mauern überall
Melitta Suttarfüty: Sozialarbeit mit Behinderten

BERICHTE

Jutta Larcher-Schwarzwilder: "Verkampfte" Beziehungen
Christina Batioky, Kurt Schneider: Sexualität und Behinderung
Angelika S. Leburde: Vom geistig Behinderten zum "psychiatrischen Pflegefall"
Walter Perth: Zum Wohle der Behinderten und im Sinne des Ganzen
Heinrich Schmid: Das alltägliche Unbehagen in der Behindertenhilfe
Michael Skoczek, René Fischling: Sozialarbeit für und mit Behinderten im Spannungsfeld
von Institutionen und Gesetzen

ANALYSEN

Gerthe Hofmiller, Hannes Steki: Ausschließung, Förderung, Integration
Peter Gatellner: Die nicht stattgehendere "Begegnung" oder: Zur fortgesetzten Abwertung
von Abweichenden
Rudolf Forster: Wie man Iambehindert wird
Rudolf Forster: Einübung in Bescheldenhelt
Helga Wimmer: Die Berufseingliederung Iambehinderter Sonderschüler oder: Wie man
Pflanzarbeiter wird
Susanne Hubweber: Das Aktenleben der Anna B.
Josef Fregner: Sind Betroffene und deren Angehörige inkompetent?
Hans Hovörke: Behinderte als "Grotte-Lückenfüller"

ALTERNATIVEN UND INITIATIVEN

Gerhard Pawlowsky, Christoph Lasigang, Johanna Pilgrsmi: Eine neue Form profes-
sioneller Behindertensozialarbeit im Team
Ursula Stockert: Hilfe zur Selbstständigkeit
Evamarie Glatz, Irmela Steinert: Über die heillosen Folgen der Verunsicherung
Edeltraud Zlan-Meuerhofer: Ein Modell zur schulischen Integration sehbehinderter Kinder
Kerl Köbberl: Ein alternatives Projekt innerhalb des traditionellen Schulsystems
J. ...
Jutta Larcher-Schwarzwilder: Gemeinsam leben lernen
Brigitte Welner: Erfolgserlebnisse auf beiden Seiten
Sophies Nachreiner: Mitten in der Gesellschaft leben lernen
Arbeitskreis "Bewältigung der Umwelt", Linz: leibören? - Integriern!
Peter Gatellner, Elisabeth Hasenauer, Susanne Hubweber, Hans Lammacher, Peter Larcher,
Volker Schönwiese: Isolation ist nicht Schicksal
Initiativgruppe von Behinderten und Nichtbehinderten, Innsbruck: Befreiungsversuche
und Selbstorganisation
Forschungsstelle der Alternativgruppen von Behinderten und Nichtbehinderten Österreichs

herausgegeben von
Rudolf Forster
und **Volker Schönwiese**

Gesellschaftswissenschaftliche Studien,
Band 11, Jugend & Volk, Wien-München
ISBN 3-7141-7711-6, 415 Seiten, öS 148,-

Behinderte in Österreich: Ausgesondert, isoliert, abgestempelt. "SelbstLOSE Helfer" verbreiten den Wohlgeruch ihrer guten Taten. Planlose Bürokraten vollziehen Gesetze. Von Interessen ist dabei nirgendwo die Rede.

Genau um diese aber geht es: Um unsere Interessen. Wir müssen uns trauen, sie endlich klar zu sagen. Sonst ist die Lage hoffnungsLOS.

Wir verstehen unsere Zeitschrift als einen Teil einer Bewegung gegen Aussonderung. Wir stellen fest, daß es in Österreich keine Zeitschrift gibt, die dieses Prinzip konsequent vertritt. Wir hoffen, daß es uns gelingen wird, Zustände und Mißstände deutlich beim Namen zu nennen. Es ist das System selber, das radikal geändert gehört. Deshalb werden wir auch Alternativen vorstellen und ihre Verwirklichung fordern. Denn die Lage ist nicht hoffnungsLOS.

Wir hoffen auf die Zusammenarbeit mit möglichst vielen Betroffenen, Behinderten, Krüppeln, Eltern, auch Profi-Helfern, sofern sie bereit sind, nicht "hilfLOS" zu agieren. Meldet Euch, Ihr könnt Initiativgruppen, Redaktionen, Aktionen mitgestalten, Informationen holen, Informationen geben - oder vielleicht einfach LOS abonnieren.

Es ist nicht hoffnungsLOS!

Inhalt

Heimpflege - Pflege und Hilfe ohne Heim	4
Vereinigung Integrations-Förderung (VIF) in München	8
Wohnprojekt "Auwiesen"	12
Lebensräume	15
Szenen in und um Hartheim	17
Integration ist keine Alternative	23
Wen mobilisiert "Mobil"?	25
Behinderer und Schwangerschaft	28
Fahrtendienst für Behinderte	30
"I hob ma denkt, die Kinder werns versteßn"	34
das bleiben der dämmerung	35

Umschlagfoto: Margeritha Krischanitz
Originalzeichnungen: Andrea Müller
Layout: Gunther Trübswasser

Schwerpunkte der nächsten Hefte:
Erfahrungen mit Medizin
Krüppelbewegung

Impressum

Redaktion Wien

Kontaktadresse:
Kurt Schneider
Blumengasse 21/6
1170 Wien, Tel. 42 07 564

Otto Anlanger
Tasso Bogg
Manfred Farago
Bernadette Feuerstein
Traude Fenzl
Rudolf Forster
Erwin Hauser
Hilde Heindl
Anna Hosenseidl
Elisabeth Hyrtl
Rajmund Kosovic
Angelika Laburda
Birgit Meinrad-Schiebel

Christine Petioky
Friedrich Sneedse
Annemarie Srb
Manfred Srb
Wolfgang Stachi
Rene Tischina

Redaktion Linz

Kontaktadresse:
Günther Trübswasser
Wienerstraße 81
4020 Linz, Tel. 0732/52098

Michael Bacher
Claudia Karoliny
Johannes Neuhauser
Christian Rachbauer
Monika Trübswasser

Redaktion Innsbruck

Kontaktadresse:
Volker Schönwiese
Maximilianstraße 5
6060 Mils, Tel. 05223/20832

Helmut Schiestl
Ernst Schwanninger

Redaktion Graz

Peter Nausner
St.Peter Hauptstr. 33d/14
8042 Graz, Tel. 0316/41 96 65

Redaktion München

Josef Giger
Guardinistraße 150,
8 München 70

Medieninhaber und Herausgeber:
Arbeitsgemeinschaft LOS, c/o Kurt Schneider,
Blumengasse 21, 1170 Wien

Druck: GFM, Nonnbergstiege 4, 5020 Salzburg

Bezugsbedingungen:
Erscheinungsweise vierteljährlich,
Einzelpreis: S 30,- Abo (4 Hefte) S 100,-
Abo-Bestellungen bei:
Birgit Meinrad-Schiebel,
Verein Skriptura-Berufsbildung,
Markgraf-Rüdigerstraße 4, 1150 Wien
Bankverbindung:
Zentralsparkasse der Gemeinde Wien,
642 143 705 (Arbeitsgemeinschaft LOS,
Elisabeth Hyrtl)

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:
Grundlegende Richtung des Mediums:
Zeitschrift gegen Aussonderung mit dem
Ziel, Zustände und Mißstände aufzuzeigen
sowie Alternativen vorzustellen und zu
fordern.

Heimpflege — Pflege und Hilfe ohne Heim

oder:

wie Politiker reagieren, wenn man so etwas fordert.

Volker Schönwiese

Das Problem, eine geeignete Wohnung und eine bedürfnisgerechte Betreuung in Form von Pflege- und Haushaltshilfe zu finden, ist für Behinderte, die bereit sind, ein selbständiges Leben zu führen, derzeit enorm. Dazu kommt, daß Behinderten die Möglichkeit, Wünsche nach Selbständigkeit zu entwickeln, derzeit ziemlich systematisch ausgetrieben wird. Schuld daran ist eine historisch zu verfolgende politische Entscheidung, Behinderte sonderzubehandeln, sie aus den normalen Lebensbereichen zu entfernen. Das konkretisiert sich in Österreich z. B. so, daß 40.000 körperlich behinderte erwachsene oder alte Menschen in Heimen leben.

In Innsbruck haben wir (die "Initiativgruppe Behinderte - Nichtbehinderte") seit einiger Zeit versucht, hier mit unserer Arbeit anzusetzen. In Innsbruck sind es 1.000 behinderte Menschen, die in Alters- oder Alterspflegeheimen leben müssen. Darunter sind nur wenig junge Behinderte, diese befinden sich in speziellen Heimen der üblichen Art, wie Blindenheim usw. Ein nicht geringer Teil von Behinderten ist auch gezwungen, Innsbruck zu verlassen, wenn sich für ihn die Frage der Pflege stellt, sei es, daß er nicht in der Familie bleiben kann oder daß er kein Heim findet, in dem er aufgenommen würde. Allein für die Alters (-Pflege)-Heime in Innsbruck gibt die Stadt jährlich 40 Millionen Schilling an laufenden Kosten aus. Weitere 40 Millionen werden von den Insassen selber bezahlt. Die Behindertenheime bekommen vom Land Tirol Tagessätze bis zu ca. 700 Schilling (monatlich 21.000 Schilling) bezahlt. Im Vergleich dazu sind die Ausgaben, die für ambulante Betreuung von pflegebedürft-

tigen Personen in Innsbruck ausgegeben werden, extrem gering. Es werden dafür im Jahr 3 Millionen Schilling ausgegeben, was den Einsatz von ca. 10 Betreuungspersonen im Hauspflegedienst für den ganzen Stadtbereich bedeutet. Konkret reicht dieser Dienst gerade, um 300 Leute zu "versorgen". Mit ein bis zwei relativ kurzen wöchentlichen Besuchen muß dabei das Auslangen gefunden werden. Das ist viel zu wenig als effektive Hilfe zu einer Lebensführung außerhalb von Heimen.

Unter diesen Ausgangsbedingungen begannen wir mit der Stadt Innsbruck zu verhandeln. Die Stadt hatte gerade beschlossen, daß sie in Zukunft 10% aller von ihr gebauten Wohnungen behindertengerecht gestalten würde. Unsere Forderung dazu war und ist, dazu einen effektiven Haushaltshilfe- und Pflegedienst einzurichten.

Wir verhandeln nun wegen dieser Probleme schon nahezu 3 Jahre, wobei sich die verschiedensten, wie wir meinen, typischen Probleme ergeben:

Trotz der Errichtung der ersten 17 behindertengerechten Wohnungen in einem aktuellen Wohnprojekt der Stadt Innsbruck (Ulfiswiese), stellte sich bald heraus, daß es gar nicht klar war, daß diese Wohnungen auch wirklich Behinderte bekommen. Das lag daran, daß die Stadt erst dann einen entsprechenden Pflegedienst anbieten wollte, wenn der "Bedarf" vorhanden wäre; d. h. wenn entsprechend pflegeabhängige Behinderte in die Wohnungen fix einziehen würden.

Für Behinderte ergab sich nun das Problem, daß niemand auf gut Glück in eine Wohnung zieht, wenn er nicht sicher ist, daß eine entsprechende pflegerische Unterstützung vorhanden ist. Unter den so geschaffenen Bedingungen war es für die Stadt leicht zu argumentieren, daß sich eben zuwenig Behinderte für das Angebot der behindertengerechten Wohnungen interessieren.

Bei Verhandlungen im kleinen Kreis mit den politisch Verantwortlichen wurde zugestanden, daß Heime im Prinzip abgebaut werden sollten, daß konkret keine neuen Heime gebaut, dafür ambulante Hilfsdienste eingerichtet und mit Zivildienstleistenden ausgestattet werden sollen usw.

Es stellte sich jedoch immer wieder heraus, daß solche Versprechungen im kleinen Kreis ohne praktische Folgen geblieben sind.

In dem Maße, in dem wir auf unseren Forderungen bestanden und Druck dahinter setzten, wurden die Versprechungen vager und allgemeiner oder gar zurückgenommen. Der Politiker, der so verständnisvoll für einen Heim-Stop war, schreibt uns dann auf einmal: "Hinsichtlich Ihrer Bemerkung, man solle alte und behinderte Menschen nicht in Heime und damit in ein Ghetto abschieben, darf ich Sie davon informieren, daß ich aufgrund meiner Erfahrung diese Auffassung nicht teile. Ich kenne zahlreiche Menschen, die sich in Heimen glücklich fühlen, es gibt sicher auch manche, die ein Heim ablehnen. Man wird daher in Zukunft sowohl weiterhin Heime zu errichten als auch Regelungen wie in Innsbruck (10% der Wohneinheiten in Neubauten behindertengerecht) oder weitere individuelle Maßnahmen zu erwägen haben."

Das einzige wirkliche Druckmittel, das wir zur Verfügung haben ist: Öffentlichkeit herstellen.

Wir haben dementsprechend eine große Veranstaltung unter dem Titel "Wer will ins Heim?" organisiert, an der die ganzen Probleme abgehandelt wurden. Wir hatten einen Sozialarbeiter und einen ehemaligen Heiminsassen aus München (vgl. den Bericht

über die "VIF" in dieser Zeitschrift) eingeladen, die einen Film über ihre Arbeit präsentierten; wir berichteten über unsere Innsbrucker Verhandlungen. Anwesend waren Lokalpolitiker aller Parteien und ca. 200 interessierte Leute. In der intensiven Diskussion gerieten auch die Politiker ein bißchen wahlkampf-mäßig aneinander und es wurden Versprechen öffentlich erneuert, die nun inhaltlich nicht mehr so leicht vom Tisch zu fegen sind. Wichtig dabei ist, daß auch Presse und Rundfunk positiv reagierten und damit den Druck verstärkten. Konsequenz ist nun, daß für die Wohngegend, in der die oben genannten 17 behindertengerechten Wohnungen liegen, eine "Sozialstation" errichtet wird. Es ist allerdings unklar, wie stark sie personell besetzt werden wird und ob sie über die notwendigsten medizinischen Hilfestellungen hinaus etwas für Behinderte leisten können.

Nach der Veranstaltung haben verschiedene Behinderten-Hilfsorganisationen und ein Jugendzentrum die Idee der VIF aufgegriffen. Eine Vorbereitungsgruppe für eine VIF-ähnliche Organisation konstituierte sich. Die Stadt weiß davon und es ist unklar, wie weit sich nicht die Stadt mit der Begründung, daß nun ja durch private Initiative etwas geschieht, vor einem wesentlichen Ausbau ihrer ambulanten Dienste drückt.

Ein wichtiger Anreiz für Politiker, ambulante Betreuungsdienste zu befürworten, ist das Finanzproblem. Die Kosten für Heime laufen überall davon und ambulante Dienste sind auf Dauer billiger. Es ist prinzipiell eine ganz böse Angelegenheiten, daß alles über Geld und nicht über Bedürfnisse läuft. Nämlich, was passiert denn dann, wenn notwendige Maßnahmen zur Integration Behinderter teurer sind, als unser Aussonderungssystem? Schulische Integration ist z. B. sicher teurer als unsere Sonderschul-Aussonderung, da sie kleinere Klassenschülerzahlen und zusätzliche Stützlehrer, also insgesamt mehr Personal erfordert. Deshalb sollten wir uns niemals zu sehr auf eine Kosten-Argumentation ("ist ja billiger...") einlassen, sondern mit Bedürfnissen argumentieren, wie z. B., daß schulische Integration Behinderter und Nichtbehinderter gleichermaßen nützt,

einen wichtigen neuen Qualitätssprung für die Schule überhaupt bedeutet usw. Das heißt nicht die Kostenfrage zu vernachlässigen, sondern sie eher als gesellschaftlichen Verteilungskampf der "Schwächsten" in der Gesellschaft zu sehen.

Und noch etwas bezüglich Geld. Es ist ziemlich absurd, daß für private Vereine in der Behindertenbetreuung, z. B. für die Lebenshilfe, von der öffentlichen Hand derartig viel Geld ausgegeben wird (pro Heimplatz monatlich ca. 20.000 Schilling)

und Einzelpersonen, die nicht ins Heim wollen oder Familien, die ihr Kind nicht ins Heim geben wollen, finanziell kaum unterstützt werden. Außer dem sogenannten Pflegegeld in der Höhe bis ca. 2.500 Schilling ist da nichts zu bekommen. Daß das Nicht-ins-Heim-gehen finanziell besser unterstützt wird, ist eine unserer wichtigsten Forderungen für die Zukunft. Denn nur so können Behinderte ihre Heimeinweisung selbst verhindern und sich bezahlte Hilfspersonen organisieren, ohne auf Institutionen zurückgreifen zu müssen.

Volker Marini
Kurzreferat bei der Veranstaltung
"Wer will ins Heim?", Innsbruck.
November 1982.

Ich weiß nicht wie ich anfangen soll. Was mir wichtig ist, ist das, daß ich leben kann, wie ich immer gelebt habe.

Zweifelsohne bedarf ich wegen meiner Behinderung vermehrter Hilfe und gleichermaßen, wie ich meine Mitmenschen darum bitte, fordere ich sie dazu auf mir zu helfen.

Auf diese Art und Weise ist es mir bisher gelungen so recht und schlecht durchs Leben zu kommen, ohne in ein Heim zu müssen.

Tag für Tag kommen junge Leute (aus dem Sigmund-Kripp-Haus) zu mir und helfen mir morgens vom Aufstehen bis aufs Klo gehen. Am Abend bringen mich Leute mit denen ich unterwegs bin oder Leute von der Rettung ins Bett.

Immer jemanden zu finden, der mir hilft, ist wie ein Seiltanz und ein Kunststück.

Z.B. vor einigen Tagen konnte ich mich nachts nicht umdrehen und versuchte um 4 Uhr in der Früh Hilfe herbeizurufen. Ich habe mir wirklich lange überlegt, ob ich mitten in der

Nacht jemanden holen soll und habe das erst gemacht, wie ich mich so schlecht fühlte, daß ich wirklich nicht mehr anders konnte. Ich mußte mehrere Leute anrufen und war nicht sicher, ob ich überhaupt jemanden finden würde.

Solche Probleme habe ich Tag für Tag, oft weiß ich nicht, wer mich ins Bett bringen wird.

Die Situation verschärft sich für mich derzeit, da ich manchmal nicht mehr telefonieren kann, d.h. nicht mehr die Wählscheibe betätigen und den Hörer halten kann.

Wie bereits erwähnt, wünsche ich mir einfach als mündiger Mensch leben zu dürfen.

Ich stelle mir das so vor, daß ich in meiner Menschenwürde nicht beschränkt werde. Jetzt ist es z.B. so, daß ich öfters zwangsläufig schon am Nachmittag ins Bett muß, weil gerade Hilfe da ist. Oder: Oft ist es so, daß bei Hilfeleistungen mein Wort kaum ein Gewicht hat, meinen eigenen Wünschen kaum statt gegeben wird. Auch von wohlmeinenden Helfern

werde ich immer wieder als unmündig betrachtet, weil ich auf sie angewiesen bin. Genau das gleiche kenne ich von Freunden in Heimen. Auch da müssen Pflegefälle frühzeitig ins Bett, um den Nachtdienst zu entlasten, und sind mehr oder weniger vollständig entmündigt.

Ich frage mich, welche Alternativen ich habe. Ich möchte nicht zwanghaft und dauernd auf Nachbarn angewiesen sein. Das zerstört Freundschaft und Hilfe wird zum Spießrutenlauf. Die Nachbarn sind überfordert. Ich danke wirklich jedem herzlich, der mir hilft, aber ich will dabei ICH selbst bleiben.

Die Verbesserung meines Lebenszustandes kann — glaube ich — nicht ein Heim sein. Eine große Hilfe wäre es für mich, wenn ich jederzeit einen Hilfsdienst abrufen könnte.

Mein Vorschlag wäre die Errichtung eines mobilen Hauspflegedienstes, welcher täglich 24 Stunden lang abrufbar sein soll.

Dienstag, 18. November 1982/Nr. 265



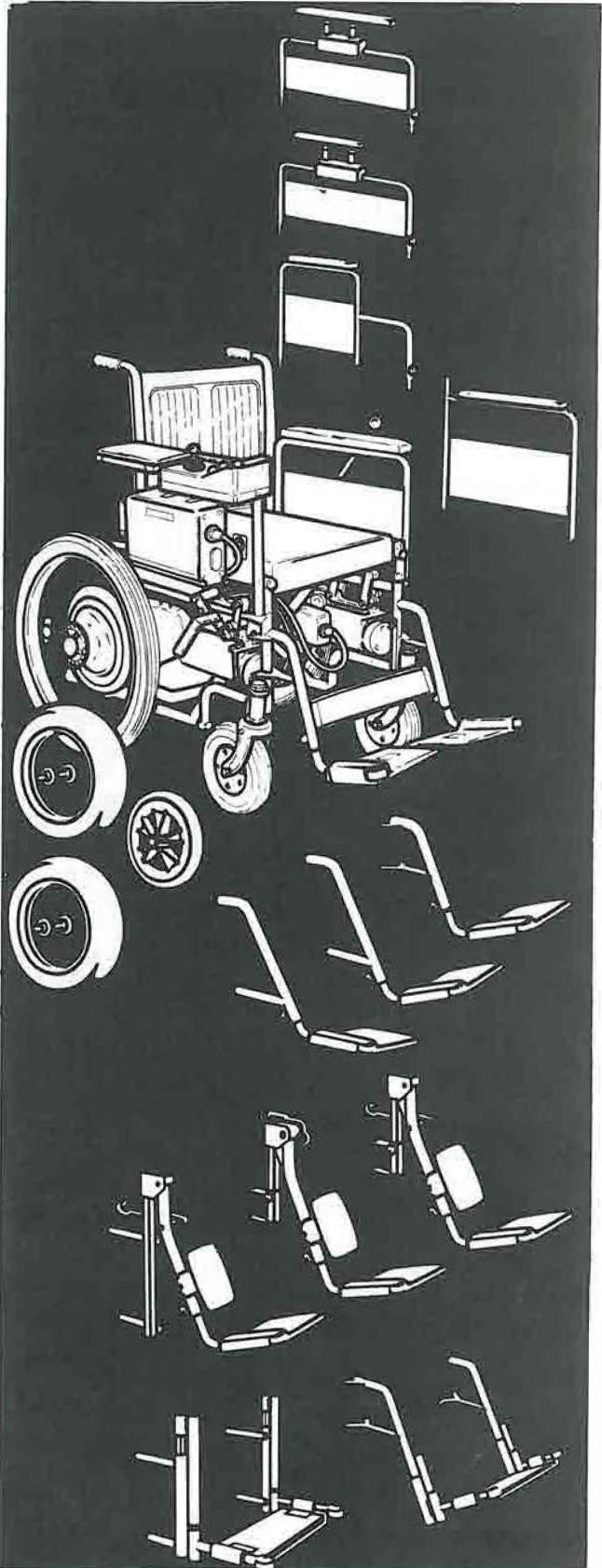
AUFGEGRIFFEN

Umdenken tut not

Kinder, alte Leute.- und Behinderte sind bei uns Personen, um die man sich besonders kümmern muß. Sie brauchen Hilfe. Gut und schön. Unausgesprochen schwebt aber der Gedanke in der Luft: „Wenn ich dir helfe, dann bestimme ich, wie das zu geschehen hat. Du hast dich gefälligst unterzuordnen.“ Kinder haben einen Vorteil: Sie werden erwachsen und können dann der Welt zeigen, was sie wirklich wollen. Alte Leute sträuben sich, solange es geht, in eine „sozialistische Verwaltungsmaschinerie“ eingereiht zu werden. Allein für die erwachsenen Behinderten ist es schwer, wohlmeinenden Helfern klarzumachen, daß sie sehr wohl in der Lage wären, ihr Leben selbständig zu gestalten, wenn das Angebot der Hilfe flexibler wäre. Dies wurde kürzlich bei einer Diskussionsveranstaltung der Initiativgruppe Behinderte - Nichtbehinderte in Innsbruck deutlich. Wunsch der Behinderten: Eigene Wohnungen, ambulante Pflege- und Hilfsdienste.

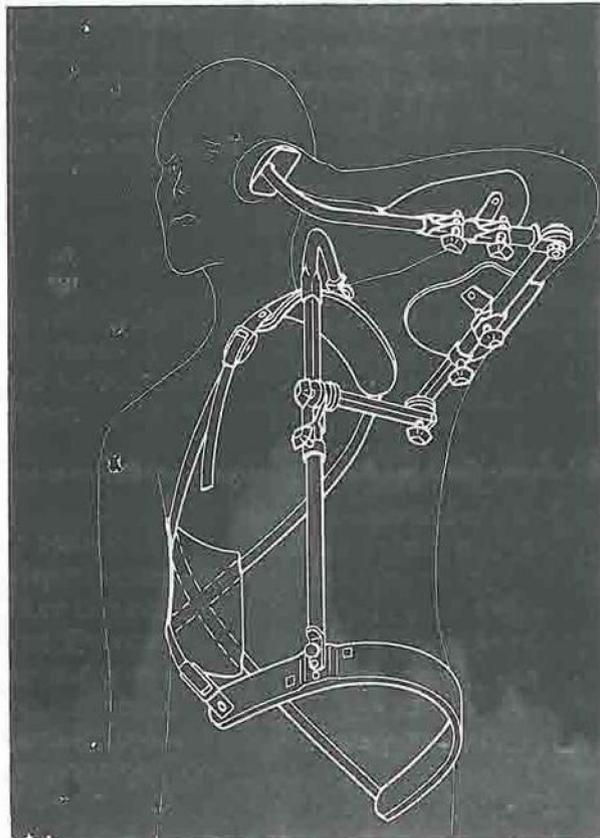
Tiroler Politiker zeigen sich prinzipiell gesprächsbereit: „Sie rennen bei uns offene Türen ein“, ist ein häufig gehörter Spruch. Man werde sich dafür einsetzen, heißt es. Es ist jedoch unübersehbar, daß die Politiker mit Neuland konfrontiert werden. Bisher haben sie Behindertenheime und Sondereinrichtungen gefördert. Wurde für die Behinderten nicht genug getan?

Das Verdienst der Behindertenheime und Sondereinrichtungen ist unumstritten. Aber sie entwickeln eine Art Eigendynamik. Der Kampf um die Auslastung der Heime ist in Deutschland bereits zu einem Kampf um den Behinderten geworden. Man entläßt ihn nur ungern in die „Freiheit“. Häufiges Argument: „Das geht ja doch nicht gut.“ Kann es auch nicht, wenn es keine ambulanten Hilfen gibt. Die gibt es aber kaum, weil das Geld in die Heime fließt. Auf der Strecke bleibt der Behinderte mit seinem berechtigten Wunsch nach Selbstbestimmung und Handlungsfreiheit. CHARLOTTE SCHNORR



Von der institutionellen Versorgung zum selbstbestimmenden Leben in der Gemeinschaft

Die Vereinigung Integrations-Förderung (VIF) in München



Wolfgang Schmidhuber

Die Situation behinderteter Menschen - und darin gleichen sich wohl die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich - ist gekennzeichnet durch ihre Ausgliederung aus dem Leben der Gemeinschaft. Sonderkindergarten - Sonderschule - Sonderberufsausbildung - Sonderarbeitsplätze in Behindertenwerkstätten: Was da - meist unter dem Deckmantel der besonderen Fürsorge - geschieht, ist in Wirklichkeit Aussonderung, Gettoisierung, Einschränkung der persönlichen Freiheiten und oft genug auch eine massive Entmündigung der Betroffenen.

Fragt man nach den Gründen für diese Verhältnisse, so geben die zuständigen "Behinderungsfachleute" meistens zu verstehen, Behinderung sei eben ein so spezielles Problem, daß damit nur in besonders dafür ausgestatteten Einrichtungen umgegangen werden könnte; und die Hilfen, die ein behinderter Mensch braucht, könnten nur von eigens hierfür ausgebildeten Fachkräften geleistet werden.

Genau das ist falsch und gibt Zeugnis davon, daß in diesem Bereich noch viel zu sehr von medizinischen Denkmustern ausgegangen wird. Behinderung, so meinen wir, ist in erster Linie ein praktisches Problem: Aufstehen, Waschen, Anziehen, Essen, Haushalts-

führung, Fortbewegung in einer rollstuhlfeindlichen Umwelt, der Gang zur Toilette und vieles andere mehr: Was im Grunde gebraucht wird, sind einfache praktische Handreichungen, manchmal auch pflegerische Hilfen, wie sie durchaus auch jeder interessierte Laie geben kann, und zwar dort, wo der behinderte Mensch selbst lebt, lernt oder arbeitet und so, wie dieser selbst die Hilfe haben möchte. Denn wer langfristig behindert ist, kennt seine Situation gut genug, um selbst zu wissen, was er braucht. Er ist "Experte in eigener Sache" und braucht keine fremden Fachleute, die über seine Bedürfnisse bestimmen.

Aus begründetem Unmut über die Verhältnisse in Institutionen und aus der Erkenntnis, daß die erforderlichen Hilfen durchaus auch außerhalb von solchen Einrichtungen durch Laienhelfer gegeben werden können, entstand vor etwas über vier Jahren der ambulante Hilfsdienst der Vereinigung Integrations-Förderung e. V. (VIF) in München.

Etwa 45 Helfer leisten die praktischen und pflegerischen Hilfen "vor Ort", ein Team aus drei Sozialarbeitern und zwei Praktikanten berät Hilfesuchende in allen sich ergebenden Fragen, koordiniert die Hilfseinsätze, weist die Helfer in ihre Arbeit ein, macht Hausbesuche und steht bei gelegentlichen Schwierigkeiten für klärende Gespräche zur Verfügung. Für Verwaltungsangelegenheiten sind zwei weitere Mitarbeiterinnen zuständig, eine von ihnen halbtags.

Der Preis dieser Hilfe: DM 5,- pro Stunde und DM 3,50 je Anfahrt. Das deckt natürlich nicht die entstehenden Kosten, sondern etwa die Hälfte der gesamten Ausgaben müssen durch Zuschüsse verschiedener öffentlicher Geldgeber finanziert werden. Einen großen Teil der Regiekosten des Hilfsdienstes übernimmt die Landeshauptstadt München.

Die Helfer im VIF-Hilfsdienst sind ca. 35 Kriegsdienstverweigerer, die bei uns ihren Zivildienst leisten und zehn junge Frauen, die ein Freiwilliges Soziales Jahr machen. Hilfeempfänger sind Menschen jedes Alters und jeder Art von Hilfsbedürftigkeit: eine

alte Frau, die an zwei Nachmittagen jemanden braucht, der einkaufen geht und die Wohnung ein wenig in Ordnung bringt; ein blinder Student, der Begleitung und Vorlesen braucht, um studieren zu können; ein vollständig gelähmter Rechtsanwalt, der Hilfe benötigt, um seine Kanzlei weiterführen zu können; ein Mädchen im Rollstuhl, das auf diese Weise eine gewöhnliche Schule besuchen kann; die Mutter eines behinderten Kindes, die dadurch auch Zeit für ihre anderen Kinder hat und das behinderte Kind nicht in eine Sondereinrichtung geben muß, wenn sie durch einen Helfer etwas entlastet wird; eine Familie mit einem durch Schlaganfall gelähmten Großvater, der so nicht ins Altenheim muß - das sind nur einige wenige Beispiele, die deutlich machen sollen, wie vielfältig der Bedarf ist: von gelegentlichen Hilfen bis zur Dauerbetreuung rund um die Uhr, vom Kleinkind bis zum Greis, in der Familie, in der Freizeit, in Bildung und Ausbildung oder am Arbeitsplatz.

"Leben, Lernen, Arbeiten in der Gemeinschaft" war der Titel einer internationalen Tagung, die wir im März 1982 veranstaltet haben, um Erfahrungen auszutauschen, Kontakte zu knüpfen und unsere Sache einmal auf etwas breiterer Ebene bekanntzumachen. Es kamen etwa vierhundert behinderte und nichtbehinderte Teilnehmer aus elf verschiedenen Ländern und das Echo in der Öffentlichkeit war durchweg positiv. Am Ende der Tagung wurde eine Reihe wichtiger Forderungen verabschiedet, damit die gesetzlichen Grundlagen und sonstigen Voraussetzungen der Integration durch offene, ambulante Hilfen endlich geschaffen bzw. verbessert werden. Ein ausführlicher Bericht über diesen Kongreß wird demnächst erscheinen (siehe unten).

Der Kongreß hat sich auch sehr stark auf unsere eigene Arbeit ausgewirkt. Gerade der Kontakt mit Leuten aus der amerikanischen Independent-Living-Bewegung brachte viele Denkanstöße und neue Anregungen.

Zu dieser Zeit begannen wir auch, unsere Arbeit neu zu überdenken und dem ursprünglichen ambulanten Hilfsdienst ein weiteres Konzept hinzuzufügen: Beratungshilfen

Beratungsprogramm auszuarbeiten, das all diese Bereiche umfaßt.

Diese Beratung soll jedoch nicht ausschließlich durch die Sozialarbeiter der VIF gegeben werden, sondern diese Aufgabe sollen mehr und mehr auch Behinderte übernehmen, die selbst schon einige Erfahrungen gesammelt haben und sich auskennen. Auf diese Weise können auch Selbsthilfegruppen für bestimmte Problemkreise heranwachsen, in denen gleichfalls Beratung gegeben werden kann.

Die vollständige Unabhängigkeit von Einrichtungen stellt natürlich an den Betroffenen Anforderungen, die man nicht überschätzen darf, die aber für manchen sicher vorübergehend oder auch dauerhaft zu hoch sind. In vielen solchen Fällen genügt es aber, wann z. B. in der Nachbarschaft ein Ansprechpartner da ist, der sich ein wenig kümmert, der die Abrechnung der Helfer macht usw.

Die intensive und fremdorganisierte Hilfe des herkömmlichen Hilfsdienstes sollte dabei die unterste Stufe eines Systems von je nach Bedarf gestaffelten Hilfen sein, für Leute, die dauerhaft auf diese Intensivversorgung angewiesen sind, oder für solche, die sich das Wissen, die Fähigkeiten und die Möglichkeit zu größerer Autonomie und Eigenständigkeit erst noch erarbeiten wollen. Der Grundsatz aber sollte sein: Immer nur so viel fremdes Eingreifen, wie unbedingt erforderlich und so viel Eigenständigkeit, wie möglich.

Neben dem Hilfsdienst und dem Beratungsmodell gibt es bei der VIF noch einen speziellen Vorleседienst für Blinde und Sehbehinderte. Die bestehenden Blindenhörbüchereien haben zwar ein breites Angebot an gängiger Literatur, aber wenn jemand z. B. ein bestimmtes Buch, eine Zeitschrift, ein Skript für sein Studium oder etwas ähnliches gelesen haben will, dann kann er das von dort nicht bekommen. Diese Lücke im Hilfsangebot möchte der Vorleседienst der VIF ausfüllen: Wer individuell etwas gelesen haben will, schickt den Text zu uns und erhält nach einiger Zeit zum Preis von DM 5,- je gelesehener Stunde Tonbandcassetten, die mit diesem

zum autonomen Leben. Wir hatten nämlich erstens die Erfahrung machen müssen, daß mit dem zunehmenden Bekanntheit unseres Dienstes so viele Anfragen nach Hilfe an uns gerichtet wurden, daß unsere Kapazität restlos erschöpft war und wir immer wieder Absagen erteilen mußten, in dem Bewußtsein, daß der Betroffene auch bei anderen Stellen in München kaum Hilfe finden würde. Zweitens aber - und das ist vielleicht sogar der wichtigere Aspekt - war uns aufgefallen, daß der ambulante Hilfsdienst noch zu stark auf Fremdhilfe beruhte, daß dieses fertig geschürte Hilfspaket die Betroffenen passiv werden ließ und ihnen die Initiative aus der Hand nahm, so daß wir zwar Ausgliederung in Heime verhindern, aber nicht wirklich in der Lage waren, Selbständigkeit und Autonomie gezielt zu fördern. Wer einmal im Hilfsdienst war, wurde von unserer Hilfe mehr oder weniger abhängig, und das entsprach eigentlich nicht unserer Grundidee, Hilfe zur Selbständigkeit zu geben.

Das neue Beratungsmodell sieht so aus: Bei uns melden sich Behinderte, die Hilfe brauchen und Leute, die für ein angemessenes Entgelt solche Hilfe leisten wollen. Wir bringen beide zusammen und sie regeln Dienstplanung und Bezahlung unter sich.

Für viele Behinderte ist dies natürlich zunächst eine ungewohnte Situation: Sie müssen ihre Helfer selbst anleiten, müssen ihren Dienst selbständig planen, sie müssen als Arbeitgeber ihrer Helfer unter Umständen auch dafür sorgen, daß die Steuern und Sozialversicherungsbeiträge der Helfer ordnungsgemäß abgeführt werden und schließlich müssen die meisten auch Anträge bei ihrem Kostenträger (z. B. Sozialhilfe) stellen, damit die Helferkosten und andere Leistungen übernommen werden.

Viele Behinderte kommen anfangs mit diesen Dingen nicht zurecht. Wir gehen nun aber davon aus, daß es besser ist, den Behinderten in einer vorübergehenden intensiven Beratung mit diesen Sachen vertraut zu machen, statt ihn lebenslang zu "verwalten", seine Helfer bei uns auszubilden und ihren Dienst von unserem Büro aus zu organisieren. Im Augenblick sind wir dabei, ein intensives

Text besprochen sind.

Die Leser sind zu einem großen Teil Leute, die einige Stunden in der Woche ehrenamtlich zu uns kommen, um in unseren Aufnahmekabinen zu lesen; manche nehmen auch Bücher mit nach Hause, um dort mit Hilfe eines eigenen Gerätes Cassetten zu besprechen; eine dritte Gruppe von Lesern sind Jugendliche, die wegen kleinerer Verfehlungen von Gericht zu einigen Stunden gemeinnütziger Arbeit verpflichtet werden und die, wenn sie dazu geeignet sind, zu uns zum Lesen kommen.



In den Jahren, seit der Gründung der VIF sind in der Bundesrepublik einige Gruppen entstanden, die ähnliche Dienste für Behinderte zu organisieren versuchen und zum Teil auch schon mit Erfolg in anderen Städten arbeiten, aber das alles ist angesichts der weiterhin bestehenden Situation von Aussonderung und Gettoisierung kaum mehr, als ein Tropfen auf einem heißen Stein.

Die Öffentlichkeit und die politischen Entscheidungsträger haben die menschlichen (und übrigens auch erheblichen finanziellen) Vorzüge ambulanter Hilfe noch kaum erkannt, und so bleiben die bestehenden Versorgungsstrukturen weiter erhalten. Was letztlich

zu wünschen wäre, wäre ein breites Angebot an dezentralen Diensten überall im Land, und diese Dienste sollen wiederum so weit wie möglich nicht als segregierende Sonderlösung für Behinderte eingerichtet werden, sondern als allgemeine Anlaufstellen für soziale Probleme aller Art. Doch bis dahin ist sicher noch ein weiter Weg.

Wer weitere Informationen über die VIF möchte, kann uns gerne schreiben:

Vereinigung Integrations-Förderung
Herzog-Wilhelm-Str.16
D-8000 München 2

Kongreßbericht:
Behindernde Hilfe oder
Selbstbestimmung der Behinderten?
300 Seiten, DM 14,-
erhältlich bei der VIF



Wohnprojekt "Auwiesen"

Selbsthilfegruppe Auwiesen

Geschichtliche Entwicklung

Am südlichen Stadtrand von Linz, im früheren Augebiet der Traun zwischen Ebelsberg und Kleinmünchen, ist ein völlig neuer Stadtteil im Entstehen begriffen.

Die Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft der Stadt Linz (GWG) errichtet und vergibt hier an die 3.000 Wohnungen für ca. 10.000 Menschen, aus Mitteln der Wohnbauförderung, um das drückende Defizit an erschwinglichen Mietwohnungen in Linz zu reduzieren. Nach Abschluß der ersten Bauetappe dürften derzeit bereits 4.000 Menschen hier in Auwiesen wohnen.

Auwiesen ist, wie die meisten neuen Stadtteile, relativ entlegen von kommunalen Versorgungs- und Kultureinrichtungen, mit öffentlichen Verkehrsmitteln schwer erreichbar und in seiner Infrastruktur noch gravierend unterversorgt.

Auwiesen soll als soziales Wohnprojekt Wohnungsnot lindern und wurde deshalb insbesondere sozial schwachen Familien angeboten. Weiters wurden sog. "Behindertenwohnungen" errichtet und zum Teil die Anlage in und um Auwiesen behindertengerecht gestaltet.

Diese vorerst positiven sozialpolitischen Initiativen der Stadt drohen aber nun in hohem Maße zum Scheitern bzw. auf eine reine Alibifunktion reduziert zu werden.

Öffentliche Verkehrsmittel

Die Versorgung durch öffentliche Verkehrsmittel läßt derzeit noch zu wünschen übrig. Auwiesen ist mit der Straßenbahn und mit Bus, der von 6 bis 20 Uhr eingesetzt wird, erreichbar. Willst Du vorher oder nachher fahren, besteht noch die Möglichkeit, mit dem Taxi zu fahren oder zu Fuß zu gehen

(eineinhalb bis zwei km, nachts bei schlechter bis fehlender Straßenbeleuchtung und unübersichtlichen Straßen). Geplant ist, die Straßenbahn in den nächsten Jahren auszubauen und Auwiesen dabei einzuschließen. In der Zwischenzeit hoffen wir Auwiesner, daß die Busfahrzeiten verlängert werden.

Miete, Betriebskosten, Parkplatzgebühr

Die Kosten für eine Wohnung belaufen sich für Miete plus Betriebskosten incl. Autoabstellplatz pro m² auf S 55,50, ohne Parkplatz würden die Kosten nur S 51,80 ausmachen. Pro Wohnung ist ein Parkplatz in der Planung vorgesehen. Er muß bezahlt werden, egal ob man ein Fahrzeug besitzt oder nicht! Diese zusätzlichen Ausgaben bedeuten jedoch gerade für finanziell schwache Personen eine deutliche finanzielle Mehrbelastung.

Wir wurden zwar vor Einzug in die neue Wohnung auf die Wohnbeihilfe des Landes OÖ hingewiesen, die Wartezeit bis die laufende Beihilfe einsetzt, beträgt jedoch durchschnittlich drei bis vier Monate, ja oft sogar ein halbes Jahr. Bis dahin kann man bereits schon wieder delogiert sein. Gefördert wird grundsätzlich nur die Miete, Betriebskosten bzw. Nebenkosten wie Strom, Telefon, etc. müssen selbst bestritten werden. Da jedoch die Betriebskosten ständig steigen, die Miete "stehenbleibt", gibt es immer öfter Familien, denen die Kosten für ihre Wohnung "über den Kopf wachsen".

Behindertenwohnungen

In Auwiesen wurden zwölf sogenannte Behindertenwohnungen errichtet. Die Ausführung dieser Wohnungen ist unterschiedlich - zum Teil ganz in Ordnung, teilweise überhaupt nicht behindertengerecht. Es gibt vier Häuser,

in denen jeweils im Erdgeschoß (bei vier Parteien) zwei bis drei "Behindertenwohnungen" nebeneinander angelegt wurden. Diese Häuser werden bereits "Behindertenbauten" genannt. Von Integration kann so keine Rede sein. Gegenseitiges Helfen, Einspringen beim Einkauf für den Nachbarn etc. ist so natürlich nur begrenzt möglich. Mit Bewohnern des ersten, zweiten und dritten Stockwerkes Kontakt aufzunehmen, ist für uns nur im Stiegenhaus möglich und kommt nur selten zustande. Wir Krüppel sind also wieder zum Insider-Club geworden.

Besser wäre es gewesen, in mehreren Häusern jeweils eine Wohnung behindertengerecht zu gestalten!

Es gibt hier in Auwiesen ein einziges Haus mit integrierten Wohnungen, das einen Lift besitzt, mit dem man die oberen Stockwerke erreichen kann. Dieser Lift ist auch für alle da und ohne "Aufpreis" benützbar. Weitere zwei Aufzüge, die nur vom Hochparterre bis in die Tiefgarage fahren, sind für den stolzen Preis von S 756,- monatlich zu haben, wobei man zu einem dieser beiden Lifts sogar außen rundherum ins Freie fahren muß, um ihn zu erreichen. Dieser Aufzug wurde sichtlich dazugebaut und ist für zwei Häuser, d. h. für vier Behinderte gedacht. Keiner dieser vier benutzt ihn derzeit, denn genau dort, wo der Lift angebracht ist, befindet sich auch eine Rampe, über die man auch das gewünschte Ziel erreicht. Fürs Bergauffahren braucht man dann halt Schmalz in den Händen!

Herr Landesrat Ing. Reichl (Sozialreferent des Landes Oberösterreich) gewährt einzelnen von uns für diese Liftkosten eine individuelle Geldleistung (Einzelfallhilfe), von einem Einsetzen für eine generelle Lösung in Form einer Änderung des Gesetzes will er nichts mehr hören! Wir jedenfalls wollen nun auch nicht mehr einsehen, daß wir für Stufen und Lift zahlen sollen!

Im Großen und Ganzen ist zu unserer Situation zu sagen, daß Auwiesen nicht behindertengerecht gestaltet ist, denn es ist für uns nicht einmal möglich, den mitbezahlten

Kellerraum, den Wasch- und Trockenraum bzw. den Schutzraum zu benutzen, denn diese Räume liegen wieder zwei Stufen über der Tiefgarage, also mit oder ohne "Extra-Lift" nicht erreichbar.

Solche bauliche "Schönheitsfehler" könnten wir hier noch einige aufzählen.

Soziale Betreuung

Es fehlt nach wie vor ein Sozial- bzw. Gemeinwesenarbeiter, den Auwiesen gerade in der Anfangsphase dringend gebraucht hätte (Hilfe bei Antragstellungen, Abbau von Informationsmängeln, bei Delogierungsgefahr, baulichen Problemen etc.). Das Geld dafür wurde vom Land bereits 1981 zugesagt, jedoch mit der Auflage, daß sich die Stadt zu gleichen Teilen beteiligen muß (eventuell durch Beistellung eines Raumes, Miete dafür). Die Stadt glaubt jedoch, mit dem Wohlfahrts- bzw. Jugendamt ausreichende Dienste anbieten zu können (Betreuung Behinderter: Hilfe beim Baden, Aufräumen der Wohnung, Verbinden von Wunden - Jugendamt: "Beaufsichtigung" von Kindern lediger Mütter). Diese Hilfen können jedoch nur von Personen oder Familien in Anspruch genommen werden, die nicht berufstätig sind und sich ihre Zeit nach den Arbeitsstunden des Magistrats einteilen können - nicht aber von Berufstätigen, die selbst Dienststunden einhalten müssen!

Delogierungen in Auwiesen

Laut GWG-Direktor Hödl betrogen in der Siedlung Auwiesen die Zahlungsrückstände im Juni 1982 bereits rund S 350.000. Etwa 100 Mietern wurde die Räumung der Wohnung angedroht. Die Anzahl der Delogierungen stieg auf 30.

Die GWG richtet wöchentlich rund 20 Anträge auf gerichtliche Zwangsräumung. Ein Viertel davon betrifft allein Auwiesen, wo seit Herbst 1982 700 Wohnungen fertiggestellt sind. Erfolgt eine sofortige Zahlung des Mietrückstandes, so bleibt der Exekutionstitel trotzdem aufrecht. So kann die GWG jederzeit darauf zurückgreifen. Diese Vorgangsweise ermöglicht der GWG, sich raschest unlieb-

samer Mieter zu entledigen.

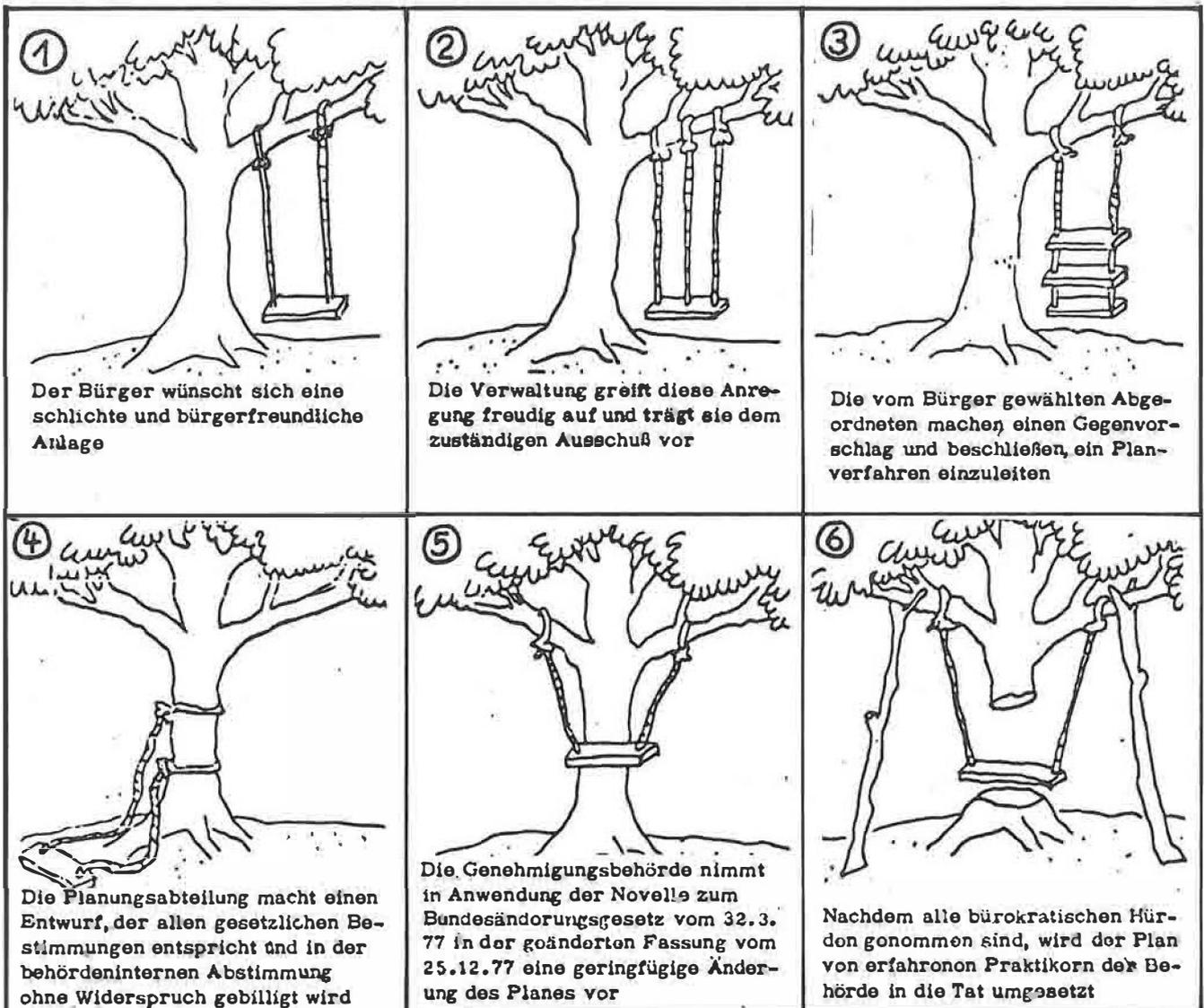
Zusätzlich zum Mietrückstand fallen hohe Delogierungskosten (bis zu S 10.000) an. Da bei Delogierungen nicht immer Ersatzwohnungen bereitgestellt werden können, ist es auch schon passiert, daß Familien auf die Straße gesetzt wurden.

Aufgrund der aufgezeigten Mängel sind jetzt durch Mieter kleine Selbsthilfegruppen, wie Mütterrunde, Betriebskosten-Arbeitskreis,

VHS-Club im Entstehen, die wie wir versuchen, gemeinsam Probleme anzugehen, z. B. Spielplatzverbesserung, Babysitten, Betriebskostensenkung, Korrektur einzelner baulicher Barrieren, Anbieten von Freizeitaktivitäten, Aufbau einer Stadtteilzeitung etc.

Selbsthilfegruppe Auwiesen,
p. A. Hallestraße 1, 4020 Linz,
Tel. 0732/3912834

Bürgernahe Planung



Lebensräume

Gespräche mit HAUS-FRAUEN

Christine Petioky und Annemarie Srb

Um diesen Artikel schreiben zu können, sprachen wir mit Frauen, die verheiratet, körperbehindert und nicht außer Haus berufstätig sind. Sie sind zwischen dreißig und fünfundvierzig Jahre alt und zum Teil schon seit Jahren in Berufsunfähigkeitspension.

Es war z. B. für Frau S. unmöglich und unzumutbar geworden, täglich stundenlang auf der Schreibmaschine zu schreiben; und eine Büroarbeit ohne Schreibarbeiten zu finden, war aussichtslos.

Nach dem Konkurs der Firma suchte Frau E. ein Jahr lang intensiv eine neue Arbeit - auch dies war aussichtslos und sie ist nun Pensionistin und Hausfrau. So sehr sie auch ihre jahrelange, regelmäßige Tätigkeit in der Firma vermisst, fühlt sie sich im Moment wohler als früher, da der Streß im Umgang mit Chefs und Kollegen für sie kaum mehr erträglich war - auftretende Probleme hatten alle Beteiligten meistens auf ihre Behinderung zurückgeführt. Frau M. mußte ihre Arbeit aufgeben, da sie nicht mehr als Datentypistin arbeiten konnte; das Arbeitsamt machte ihr keine realisierbaren Umschulungsvorschläge.

Ursprünglich hatten wir vor, richtige Interviews zu machen, und Fragen und Antworten, zumindest auszugsweise, genau wiederzugeben. Es entstanden aber lange, sehr vielschichtige Gespräche, aus denen wir nur einiges von dem herausgreifen möchten, was uns (nichtbehinderte, derzeit arbeitslose Frau und behinderte, berufstätige Frau) besonders auffiel. Wir setzten uns an Vormittagen zusammen, wenn Ehemänner oder Haushaltshilfen gerade nicht anwesend waren, und wir im Wohnzimmer oder in der Küche

ungestört sprechen konnten.

Die Wohnung

Die Wohnung sollte eigentlich einen möglichst großen Bewegungsspielraum bieten, da ja tatsächlich fast der ganze Tag dort verbracht werden muß. Frau S. und ihr Mann haben die Einrichtung schon zu Beginn ihrer Ehe gekauft, als Frau S. noch keinen Rollstuhl, aber Möbel an denen sie sich festhalten konnte, brauchte. Nun ist der Durchgang zwischen Schlafzimmern und Bett zu schmal für sie, die Fächer des Schlafzimmers sind zu hoch, sodaß Frau S. selbst keine Wäsche herausnehmen oder hineinlegen kann. Da sie also nicht selbst zu ihrer Kleidung kommt, braucht sie laufend Assistenz beim Aus-, An- und Umziehen. Sie und ihr Mann legen großen Wert auf Ordnung. ".....früher wollte ich mir und anderen immer beweisen, daß meine Wohnung nicht weniger aufgeräumt ist als die nichtbehinderter Frauen. Diesen Anspruch kann ich jetzt nicht mehr stellen, aber es wäre mir peinlich, wenn jemand das Chaos sehen würde....." Mit den eingebauten Küchenmöbeln geht es Frau S. ähnlich. Als Pensionistin, die noch dazu nicht allein lebt, hat sie aber kaum eine Chance, aus öffentlichen Geldern einen Zuschuß zu einer solchen Wohnungsneugestaltung zu bekommen.

Frau M. stört an ihrer Behinderung ganz besonders, daß sie oft Schwierigkeiten hat, einen Gegenstand festzuhalten - manchmal fällt ihr etwas aus der Hand, manchmal zerbricht Geschirr dabei, oder der Teppichboden wird beschädigt. Es kostet ungeheure Kraft, das Zimmer wieder in Ordnung zu bringen. "... ich denke mir oft, daß mein Mann eine nichtbehinderte Frau haben sollte, er regt sich über so etwas immer sehr auf...", sagt Frau M. in diesem Zusammenhang mehrmals.

Mobilität

Frau E. und ihr Mann übersiedelten vor zwei Jahren in eine stufenlose Gemeindewohnung mit Lift, u. a. weil Frau E. nun zusätzlich einen Elektrorollstuhl benützt. Für sie war das allerdings sehr zwiespältig, da ihre Freundin früher im selben Bezirk wohnte, und sie überhaupt in der Umgebung ihrer Wohnung einige Leute näher kannte. Ihre Freundin hat nun einen Anfahrtsweg von eineinviertel Stunden, um zu ihr zu kommen, oder Frau E. muß mit dem Taxi oder dem Fahrtendienst zu ihr fahren. Aufgrund dieser mühevollen, umständlichen Aktion beschränkt sich der Kontakt auf gelegentliche Telefonate.

Frau M. kann, wenn auch mit Mühe, öffentliche Verkehrsmittel benützen, Frau S. und Frau E. fahren nur, wenn es sich nicht vermeiden läßt, allein in einen anderen Bezirk und machen dabei laufend schlechteste Erfahrungen mit dem Fahrtendienst.

Konflikte

Die Ehemänner der Frauen, mit denen wir sprachen, machen alle relativ viel Hausarbeit, was einerseits eine Hilfe ist, unter Umständen aber zu einer Belastung wird. Der Ehemann einer nichtbehinderten Frau, der auf ihre Haushaltsführung angewiesen ist, ist vielleicht schon deshalb bemüht, die Beziehung soweit konfliktfrei zu gestalten, daß er nicht befürchten muß, verlassen zu werden.

In einer Beziehung zwischen einer behinderten Frau und einem nichtbehinderten, berufstätigen Mann verteilt sich die Macht oft noch ungleichmäßiger als allgemein üblich.

Das Gefühl, ihm auf allen Gebieten, auch bei der Hausarbeit unterlegen zu sein, das schlechte Gewissen, während des Tages mehr oder weniger auf einer Bank gemütlich zu liegen und nichts zu tun, es dem Mann zu überlassen, am Wochenende staubzusaugen, die Wäsche zu bügel usw., oder eine Haushaltshilfe zu bezahlen, die nun statt einmal dreimal in der Woche kommt, macht es Frau M. fast unmöglich, mit ihrem Mann zu streiten, oder zusätzliche Forderungen

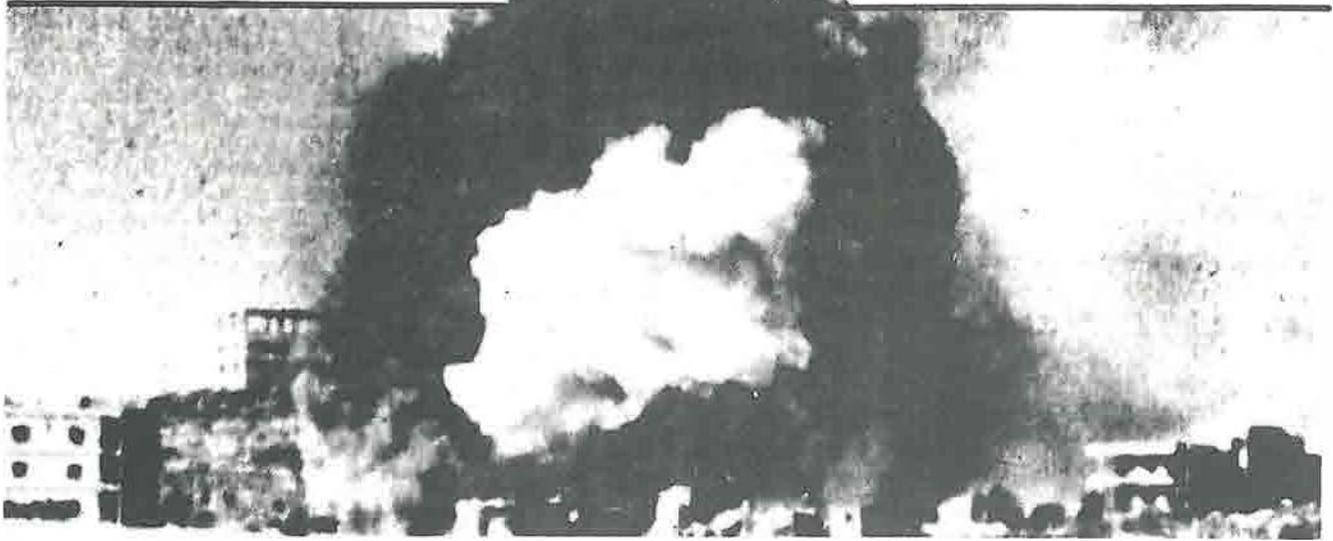
an ihn zu stellen. "... er macht ohnedies schon so viel für mich, ich kann ihm nicht soviel geben wie eine nichtbehinderte Frau - und er hätte genug Möglichkeiten gehabt, eine nichtbehinderte Frau zu finden." Frau S. hat schon einige Versuche unternommen, mit ihrem Mann auf eine Veränderung der Beziehung hinzuarbeiten: sie leidet sehr darunter, mit ihm nicht über ihre Gefühle sprechen zu können, aber er ist davon überzeugt, ohnehin sehr viel für die Beziehung zu tun. Sie ist in jeder Hinsicht, auch emotional, sehr viel mehr auf ihn angewiesen, als umgekehrt: bewußt oder unbewußt spielt er seine Macht gegen sie aus.

Angst

Frau E. ist zum zweitenmal verheiratet. Das Ende ihrer ersten Ehe war für sie eine so schwere Kränkung, daß sie nun dauernd mit der Angst lebt, wieder verlassen zu werden. Wenn sich ihr Mann in eine andere Frau verlieben würde, könnte sie das nie akzeptieren. "..... das wäre für mein ganzes Leben bedrohlich ..." Sie selbst könnte sich nicht vorstellen, sich einem anderen Menschen zuzuwenden, die Ausschließlichkeit der Beziehung ist für sie eine Notwendigkeit. Jetzt, da sie nicht mehr berufstätig ist, steht für sie die Beziehung mehr denn je im Mittelpunkt aller ihrer Interessen.

Für uns gab es mehrere Gründe, uns mit diesen und ähnlichen Situationen näher zu beschäftigen. Erste Ursache dafür ist sicher, daß wir selbst uns durch eine Beziehung mit einem Mann immer noch - trotz feministischer Bestrebungen - aufgewertet fühlen, was durch die Umgebung laufend bestätigt und bestärkt wird. Behinderte Frauen erleben noch öfter als nicht behinderte, durch die bloße Existenz einer Beziehung mit einem Mann eher ernst genommen zu werden.

Im Rehabereich zum Beispiel gilt es als Zeichen gelungener "Integration und Emanzipation" wenn eine behinderte Frau verheiratet ist. Wir haben den Eindruck, daß Probleme im Zusammenhang mit Ehe und Behinderung und Haushalt überall kaum thematisiert werden. Umso wichtiger erscheint es uns, darüber zu schreiben.



Szenen in und um Hartheim

Erwin Hauser

Gegen Ende des vorigen Jahres erfuhren wir in der "Alternativgemeinschaft Körperbehinderter und Nichtbehinderter" von der Existenz des Instituts Hartheim bei Alkoven in Oberösterreich. Einige hatten Berichte im "Extrablatt" gelesen, anderen kam das Flugblatt "Kennen Sie das Institut Hartheim?" in die Hände. Dieses Flugblatt wurde von einigen ehemaligen Mitarbeitern des Instituts herausgegeben.

Das Institut Hartheim ist ein Heim für ca. 200 schwerstbehinderte Kinder und Jugendliche. Betreut werden diese von 160 weltlichen Mitarbeitern (davon ist ein großer Teil Wasch-, Putz- und Küchenpersonal) und 30 geistlichen Schwestern. Jeweils 12 bis 13 Behinderte leben in sogenannten Familiengruppen, deren Leitung meist eine geistliche Schwester innehat.

Einerseits durch die von den Mitarbeitern geschilderten barbarischen Zustände in diesem Heim, andererseits durch die Tatsache, daß wir ohnehin ein gestörtes Verhältnis zu Sonderinstitutionen im allgemeinen und zu Behindertenheimen im speziellen haben,

begannen wir uns für das Heim zu interessieren. Wir planten zunächst einen Besuch des Heimes und daraufhin eine Informationsveranstaltung mit den ehemaligen Mitarbeitern in Wien.

Am 13. November fuhren wir nach Hartheim. Auffallend war, wie sehr die Herrschaften des Instituts bemüht waren, uns den besten Eindruck vom Institut zu vermitteln. Der Direktor des Instituts, Pater Erber, geleitete uns persönlich durch die Räumlichkeiten, und eine Jause sorgte dafür, den schalen Geschmack ob dieses eigenartig anmutenden Schauspiels zu vertreiben. Dort wo die Messen abgehalten werden, imponierte ein schallisolierter Raum durch seine Zweckmäßigkeit: "Für die Kinder, die sich nicht ruhig verhalten." (Die Zweckmäßigkeit der Messen stellt natürlich niemand in Frage.)
Peinlich betroffen war Pater Erber auch immer, wenn ausgerechnet Behinderte Fragen stellten. Die wurden entweder übergangen, oder mit einem etwas mitleidigen Lächeln auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft. Dies ist umso interessanter, als Prof. Erber selbst durch eine Kriegsverletzung behindert ist. Wir hatten bei diesem Besuch nicht vor, auf Konfrontation zu gehen, sondern wollten

uns nur an Ort und Stelle über die Verhältnisse informieren und sehen, wie die Heimleitung darauf reagiert.

Zu- und Mißstände in Hartheim

Am 20. November fand die Informationsveranstaltung im WUK mit den ehemaligen Mitarbeitern des Instituts statt. Was sich in diesem Heim abspielt, versuchten sie anhand einiger Beispiele zu schildern:

Oft mußten Kinder eine Stunde lang mit einer Zwangsjacke am Klo sitzen, mit der Begründung: "Sonst schmieren die Kinder und onanieren ist streng verboten."

In meiner Familie durften wir die Mädchen einmal pro Woche baden und einen Tag vor dem Besuchstag (jede 4. bis 5. Woche) die Haare waschen, wobei wir mit 13 Kindern in einer halben Stunde fertig sein mußten.

Vorschläge unsererseits wurden nicht akzeptiert, da z. B. Malen oder Sandspielen als reine "Schmierereien" und Zeitverschwendung bezeichnet wurden, außerdem könnten sich ja die Kinder schmutzig machen!

Mädchen mußten als Unterhosen abgeschnittene Nylonstrumpfhosen tragen. Die Schuhe waren ausgetreten und gerissen und das alles, obwohl schöne Kleider vorhanden war. Der Tick der Sparsamkeit geht sogar soweit, daß Brot und verschiedene andere Lebensmittel solange aufgehoben wurden, bis Schimmel darüber herrschte und das Ablaufdatum weit zurück lag. Dann wurde es ihnen in den Kaffee gebröckelt.

Ein pensionsreifer Arzt besucht ein- bis zweimal die Woche die Anstalt, um hauptsächlich das auf pharmazeutischem Weg zu erledigen, wo Zwangsjacken, Gitterbetten, Fesseln und Hiebe nicht ausreichen.

Körperliche Strafen sind bei Kindern nicht gestattet" - so lautet es in der Dienstordnung. Aber anscheinend haben auch hier einige Schwestern Sondergenehmigungen. Dafür werden bestimmte Instrumente gebraucht, wie z. B. Stecken, Kleiderhaken, Kochlöffel. Z. B. wenn ein Kind nicht ordentlich ißt,

wird es mit Schlägen auf den nackten Hintern gezüchtigt. Wenn die Kinder dann noch immer nicht brav und gesittet bei Tisch sitzen, werden sie an Heizkörper gebunden, oder ganz alleine in ein leeres (womöglich dunkles) Zimmer gesperrt.

oder:

Zwei Mädchen sollten trotz schwerster Behinderung das Zuknöpfen lernen, von denen das eretische (leicht erregbare) und stumme Kind die Schwester übernahm. Plötzlich hörte ich Schläge und fürchterliches Gebrüll. Dem Mädchen rann bereits Blut aus Nase und Mund - mit Fäusten schlug die Schwester auf das hilflose Geschöpf ein. Der Grund: es sei zu faul und brauche eine starke Hand!

Der nächste Fall betrifft ein Mädchen mit epileptischen Anfällen, das an Tagen der Wetteränderung sehr apathisch war. Es wurde mit Schlägen gezwungen, sich zur Makramearbeit zu stellen. Durch die Angst war das Kind zu nichts mehr fähig. Es bekam wieder Prügel, bis sich das Mädchen zu Boden warf und sich die Kleider vom Leib riß. Zwischen den Schlägen wurde es am Haarschopf hochgezogen und gerissen. Half auch das nichts, so wurde es über Stunden in eine Kammer gesperrt. Nachdem ich mehrere Auseinandersetzungen mit der Schwester hatte (die, wie sie sagte, aus "Liebe" und mit vollster Verantwortung gegenüber Gott schlug), setzte sie die "Therapie" mit Stangen, Schuhen, Besen etc. im zugesperrten Badezimmer fort. Später bekam ich die Kinder am Morgen, geschwollen und voll blutunterlaufener Striemen zu Gesicht.

Theateraktionen und ein weiterer Besuch im Institut Hartheim

An diesem Abend beschließen wir einen weiteren Besuch im Institut Hartheim. Die Exkursion soll gemeinsam mit der Pädagogischen Akademie (Demokratisches Kollektiv) organisiert werden. Wir planen mit möglichst vielen Leuten hinzufahren, um den Leitern des Instituts auf anschauliche Weise klar zu machen, daß nicht allen Leuten egal

ist, was dort passiert.

Das "1. Wiener Krüpperltheater" plant eine Straßentheateraktion unter dem Motto "Wer sein Kind liebt, der züchtigt es!"

Folgender Text wird an die Medien und die Tierschutzverbände geschickt: Kein Pardon für Dackel!

In barbarischen Zeiten wie diesen wünschen sich wohl viele, daß man geistig behinderten Kindern den Gnadentod verpassen sollte.

Im Institut Hartheim, in der Nachbarschaft des gleichnamigen Schlosses, in welchem von 1939 bis 1944 an die 30.000 Menschen, vorwiegend Kinder, vergast wurden, meint man, daß geistig behinderte Kinder zumindest bis aufs Blut geschlagen werden dürfen.

Obwohl in den Medien immer wieder darüber berichtet wurde, scheint es niemanden ernsthaft aufzuregen.

Aus Protest dagegen, daß man in unserem Land zwar einem Dackel kein Härchen krümmen darf, aber Kinder in Hartheim in Zwangsjacken gebunden, an Heizungen gefesselt oder blutig geschlagen werden dürfen, werden wir in einer öffentlichen Aktion in der Wiener Innenstadt einen Dackel zu Tode quälen.

Theateraktion

Am 21. Jänner treffen wir uns um 15.00 Uhr in der Passage am Karlsplatz. Ich bin, wie immer bei derartigen Anlässen, ganz schön aufgeregt. Wird alles gut gehen? Wie werden die Leute darauf reagieren? Werden die Medien darüber berichten? Lauter Fragen, die ich gerne schon vorher beantwortet hätte. Wir besorgen uns in einer Parfümerie Schminke und die Nervosität weicht der Geschäftigkeit. Schön langsam macht sich ein Zusammengehörigkeitsgefühl bemerkbar, das uns zuversichtlich werden läßt. Ein Polizist kommt und erkundigt sich, was das ganze soll. "Theateraktion - von der Walfischgasse auf der Kärntnerstraße Umzug bis zum Graben, dann Theater-

stück", Formulare, er gibt sich zufrieden, dampft ab. Gebrauchte wird er ohnehin nicht.

Um 15.45 Uhr gehen wir los. Rechts die Frauen in Nonnenverkleidung in einer Reihe, links die Männer in einer Reihe, vorne geht Gerald in der Verkleidung eines Pfarrers. Ich gehe in der Mitte der beiden Kolonnen und führe Anni im Rohlstuhl. Sie ist weiß geschminkt, trägt ein weißes Büßerhemd und hat auf der Schulter ein großes Kreuz. Hinter mir wird ein Hund mitgeführt. Wir gehen die Passage hinauf, Richtung Walfischgasse. Bekannte verteilen Flugblätter. Auf der Kärntnerstraße formieren wir uns noch einmal, letzte Besprechungen und los geht es.

Im Kirchenchorgesang berichten wir über die Zustände in Hartheim. Gerald ist der Vorprediger, dann singt der Frauenchor, der Männerchor und schließlich alle zusammen. Immer wieder singen wir den gleichen Text. Der Wind pfeift, und es ist saukalt, aber sonst geht alles bis auf ein paar kleine Rhythmusstörungen im Chor glatt.

So kommen wir am Graben an. Dort muß ich den Hund nehmen, und seine Tötung ankündigen und begründen. Der Dackel ist mittlerweile kein Dackel mehr sondern ein ganz schön großer Hund (der Dackel ist unvorhergesehen ausgefallen, und mußte durch einen anderen Hund ersetzt werden).

Ich muß mich ganz schön anstrengen, daß er mir nicht die Leine aus der Hand reißt und abhaut. Hinzu kommt noch, daß der Hund während ich meinen Text aufsaue, erbärmlich nach seinem Besitzer heult, was zwar sehr gut zu meinem drohenden Text paßte, mir aber in der Seele weh tat.

In der Folge entwickelt sich ein Dialog zwischen Pfarrer Barbar, Landesrat Bauch, dem Chor und mir, dem Bösewicht, indem auf die Zustände im Institut Hartheim angespielt und der Hund gerettet wird.

Nachher gehen wir in ein Cafe. Ich bin ziemlich abgekämpft. Die Angelegenheit hat mich doch einige Nerven gekostet. Aber wir sind alle recht zufrieden mit der

Aktion. Pech hatten wir mit dem Wetter, durch die Kälte blieben recht wenige Leute dem Geschehen treu, obwohl die wenigen, denen wir ein Flugblatt gaben, recht interessiert taten. Am gleichen Abend kam ein Beitrag in Österreich-Bild und in der nächsten Woche erschien ein Beitrag in der Music-Box.

Zweiter Besuch in Hartheim

Am 22. Jänner trafen wir uns um 8.30 Uhr am Westbahnhof. Die Autos reichten aus und niemand mußte mit der Bahn fahren.

Als wir in Hartheim ankamen, imponierten uns sofort die vielen weißen Autos und die Männer mit den grauen Anzügen und den schnittigen Kappen. Wir fahren zuerst zum Bahnhof, dort bekommen wir heraus, daß sich die Leute bei einem nahegelegenen Wirten treffen. Die Polizisten bekommen leuchtende Augen, wie wir mit dem Wiener Kennzeichen auftauchen und halten uns an. Sie fragen nach den Verantwortlichen im allgemeinen und Otto Anlanger im speziellen. (Otto Anlanger von der Pädagogischen Akademie hatte die Exkursion bei der Heimleitung angemeldet.) Wir behaupten, daß wir alle verantwortlich wären, und im übrigen nicht wüßten, wo Otto Anlanger sei.

Nach diesem kurzen, unerwarteten, aber nichtsdestoweniger interessanten Zwischenfall fahren wir zum nahegelegenen Gasthaus. Auch dort steht schon ein schönes weißes Auto mit den grauen Männern. Daran waren wir aber nun schon gewöhnt. Was uns aber aufs Neue überraschen konnte, waren zwei andere, auf den ersten Blick recht unauffällige Männer in Zivil. Der eine saß in einem roten Renault am Parkplatz, der andere befand sich in der gegenüberliegenden Tankstelle. Beide hatten einen feschen Notizblock dabei, in dem sie schön sorgfältig die Nummern der ankommenden Autos eintrugen. Doppelt hält besser.

Bis auf die recht gute Eskortierung durch die Gendarmerie wies zu diesem Zeitpunkt aber nichts auf die Wichtigkeit unseres Vorhabens hin. Wir steigen vom Auto aus, von den Wienern dürften wir die ersten sein, die ankamen. Wir treffen einige bekannte

Oberösterreicher. Eigentlich nicht sehr viele Leute hier, denke ich. Wir begrüßten uns, beratschlagten, ob wir noch ins Gasthaus gehen sollen. Während wir so recht unschlüssig herumstehen, kommen die restlichen Wiener.



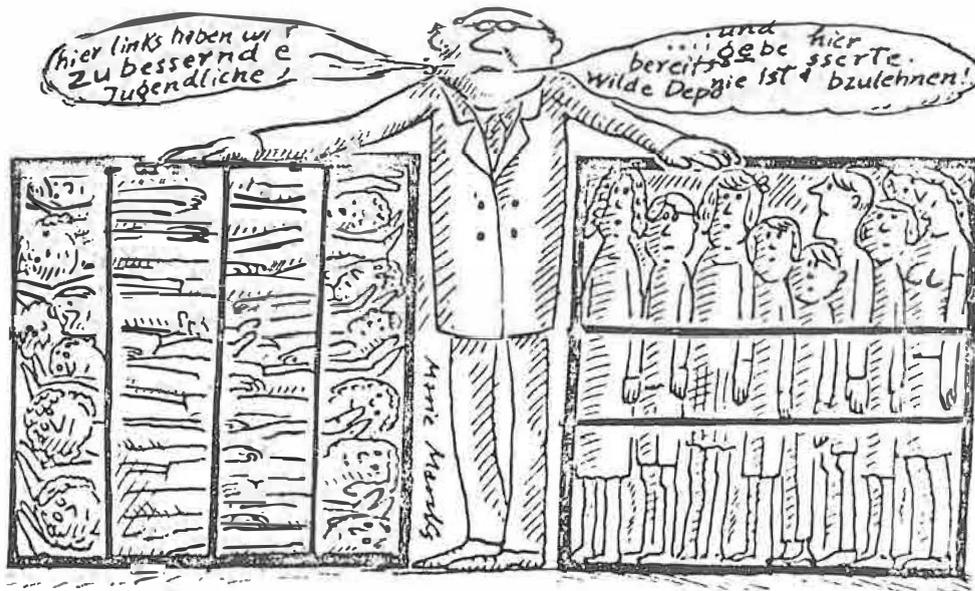
Schließlich entscheiden wir uns doch, noch ins Gasthaus zu gehen. Als ich hineinkam, traute ich meinen Augen nicht: das ganze Wirtshaus war über und über voll mit Leuten, die so aussahen, als würden sie zu uns gehören. Ich kann gar nicht bestreiten, wie sehr ich mich freute und wie groß der Stein war, der mir vom Herzen fiel. Wir waren an die hundert Leute. Damit hatte ich nicht einmal im besten Fall gerechnet. Die Stimmung stieg bei mir um etliches.

Wir erfahren, daß es einen kürzeren Weg zum Institut Hartheim gibt, und einen längeren über die Straße. Der kürzere, so erzählten uns Leute, war durch Polizeiautos verstellt, also sollten wir den längeren nehmen. Die Polizei kommt und will noch immer mit Otto Anlanger sprechen. Wir vertrösteten sie.

Nach einiger Zeit machen wir uns auf den Weg. Nach einigen Metern sehen wir ein

Polizeiauto, ungefähr drei graue Männer und einer in Zivil. Jetzt bekommen sie endlich ihre Gelegenheit, mit Otto Anlager zu sprechen. Sie haben es auch wirklich verdient. Einige blieben bei Otto stehen,

sei nur bereit, mit fünf Leuten zu diskutieren. Wir gehen darauf, wie wir vereinbart hatten, nicht ein. Entweder sie diskutieren mit allen oder gar nicht. Wir schlagen noch vor, die Diskussion an einem anderen Ort



um ihm bei der Diskussion mit der Obrigkeit zu unterstützen, der Rest geht ungestört weiter.

Der Weg zum Institut dauert ungefähr eine halbe Stunde. Von der Gendarmerie erfahren wir, daß uns die Heimleitung nicht in das Heim hineinlassen will, sondern nur mit fünf Leuten diskutieren will.

Wir kommen beim Heim an. Wieder Gendarmerie, diesmal ungefähr sieben Mann und einige Zivile. Einer imponiert durch einen schwarzen Ledermantel, Hut und verschränkte Arme. Er ist der Rechtsvertreter des Heims. Mit ihm müssen wir diskutieren. Pater Erber steht daneben und sagt während der Diskussion kein einziges Wort. Otto sagt, daß wir eine Exkursion angemeldet hätten und nun hinein wollten. Der Rechtsvertreter behauptet, daß wir nicht hinein dürften, weil das den geordneten Tagesablauf stören und die Kinder aus der Ruhe bringen würde. Er

auszutragen, damit die Kinder "nicht unruhig werden". (Wie wichtig denen doch die Ruhe der Kinder ist.) Auch darauf geht der Rechtsvertreter nicht ein. Er meint, daß das besser und länger vorbereitet werden müßte, im übrigen meint er, daß die Wiener im allgemeinen und die AKN im speziellen an allem Schuld sei. Hätten die nicht Flugblätter verteilt, und ihre Objektivität damit unter Beweis gestellt, würde alles ganz anders laufen. Objektiv sei nur, der keine Meinung hat. Um sich von der Institutionsleitung die "objektive richtige" Meinung unvoreingenommen anhören zu können, darf man keine Meinung haben. Denn nur der, der keine hat, kann nachher die Meinung der Institutionsleitung so richtig teilen und würdigen. (Auch so kann Demokratie ausgelegt werden.)

Ein Fotograf versucht alle, soweit es möglich ist, einzeln zu fotografieren. Darauf angesprochen, warum er das täte, meint er ganz empört, er sei Fotograf und protzt mit



einem Ausweis. Bleibt nur die Frage, was er mit den vielen einzelnen Fotos vorhatte. Ferner erzählte er, daß er mit Pater Erber vom Krieg zurück gekommen wäre, und er die aufopfernde Arbeit des Paters würdige. "Waren sie schon einmal da drinnen? Ich schon. Ich würde das nicht aushalten. Dauernd von denen umgeben zu sein! Das kann doch keiner aushalten! Ich nicht! Ich bewundere ja ihn, daß er das mit denen überhaupt aushält!" Besser hätte er wohl seine Einstellung gar nicht deklarieren können.

Wir ziehen ab, gehen in ein Gasthaus und spielen dann noch einmal zusammen das Straßentheater. Diesmal mit einem Stoffdackel, was mir einige Probleme erspart. Beim Theaterstück war mehr oder weniger nur die Dorfprominenz anwesend. Einige schrieben in ihren Notizblöcken mit. Halt! Eines hätte ich beinahe vergessen. Außer der Prominenz war auch noch die Tierrettung anwesend! Sie hatten Angst um den Dackel. Kinderfreunde waren keine dabei.

Nachrichten

SAMSTAG, 10. FEBRUAR 1983

Leserforum

**Ihre
Meinung
bitte**

Religiöses Empfinden verletzt

Seit vielen Jahren kenne ich sowohl das Institut Hartheim in Alkoven, ein Heim für schwerstbehinderte Kinder und Jugendliche, als auch das Kinderdorf St. Isidor in Leonding bei Linz. Nach jedem Besuch in einem dieser Häuser war ich sehr beeindruckt von den Leistungen, die dort vollbracht werden, und von der aufopfernden und liebevollen Betreuung, die man den Kindern dort angedeihen läßt. Umso überraschter war ich deshalb über einen Flugzettel, auf dem die „AKN – Alternativgemeinschaft Körperbehinderter und Nichtbehinderter“ zu einer Solidaritätsfahrt von Wien nach Hartheim wegen angeblicher Mißstände und Mißhandlungen von Behinderten in diesem Heim aufrief. 70 Protestler, größtenteils Studenten der Pädagogischen Akademie Wien, verlangten am 22. Jänner Einlaß

in das Institut, was von den Verantwortlichen abgelehnt wurde. Man hat aber eine kleine Delegation zu einem Gespräch in das Haus. Mit einer Diskussion in kleinem Kreis waren aber die Demonstranten nicht einverstanden und zogen daraufhin wieder ab. Ich habe nichts gegen Demonstrationen und bin glücklich, in einem Land zu leben, in dem es möglich ist, an Demonstrationen teilnehmen zu können. Was sich diese Herrschaften aber nun einfallen lassen, ist der Gipfel an Geschmacklosigkeit. Sie führten ein Straßentheater auf, bei dem sich Menschen mit religiösem Empfinden verletzt fühlen mußten, diffamierten den Stand der geistlichen Schwestern und scheuten sich nicht, sogar eine Verblindung zur NS-Zeit herzustellen.

M. Kieslinger, Salzburg

Integration ist keine Alternative ...

Ein kurzer subjektiver Eindruck von einer "Integrations-Studien-Reise" nach Florenz.

Christian Rachbauer

Der Arbeitskreis "Bewältigung der Umwelt" veranstaltete im Dezember letzten Jahres mit finanzieller Unterstützung der ÖÖ. Landesregierung eine Fahrt nach Florenz, um dort die Frage der Integration zu studieren.

Seit dem Entstehen der Bewegung "Antiemarginazione" (Nichtausgliederung) Ende der 60er Jahre, aber vor allem durch ihre gesetz-

Aus Gesprächen mit Vertretern der Stadtverwaltung (Dr. Roser, Mr. Buttini), der Schulbehörde und eines ehemaligen Spastikerzentrums (Dr. Milani) lassen sich folgende Grundaussagen festhalten:

1. Die Fragwürdigkeit von großen, zentralen Institutionen ist in fachlicher und integrativer Hinsicht unbestritten.

Die Erfahrung mit Institutionen (geschützten Werkstätten, Therapiezentren für Spastiker

"Rehabilitiert ist der Behinderte aber nicht, wenn er durch Therapie von seinem Defekt befreit ist, sondern wenn ihm von vornherein dazu verholfen ist, mit seinem Defekt in der Gemeinschaft zu leben, in der Normalität, durch die allein seine Rehabilitation Wahrheit wird."
(Adriano Milani-Comparetti und Ludwig Roser)

liche Manifestation Ende der 70er Jahre, entstand in Italien ein deutlich erkennbares Nord-Süd-Gefälle bei der Integration. Der starken, gut organisierten Integrationsbewegung im Norden steht ein chaotisches System von Integrationsversuchen im Süden gegenüber. Zwischen dieser Polarität liegt Florenz: ein inhaltlich und fachlich eindeutiges Bekenntnis zur totalen Integration, aber ein an Finanzen, Kompetenzen und mangelnder Organisation gebremstes Engagement prägt die "antiemarginations-Bewegung".

usw.) zeigt, daß eine Institution immer das Gegenteil von Eingliederung bedeutet. Keine Institution kann den Betroffenen wirklich helfen, sich in der Realität zurechtzufinden.

2. Rehabilitation muß sich inhaltlich verändern.

Bisher ist Rehabilitation immer als "Gesundungsmaschine" angesehen worden. Das Ziel dieser Maßnahme war eine Beseitigung

der Behinderung, der Kampf gegen die Behinderung und gegen Symptome.

Nun, in der Integrationsbewegung entwickelt sich ein neues Verständnis: Die Behinderung ist ernstzunehmen und anzunehmen. Die Frage, die es hier zu klären gibt, lautet: Wie komme ich mit meiner Behinderung in der Realität zurecht?

Ein Beispiel: Sprachgestörte Kinder sollen weder die "Erwachsensprache" noch die "Sprachstörungen der anderen" lernen (wenn sie nur mit Behinderten zusammen in einer Institution leben), sondern die "normale Sprache" im "normalen Kindergarten" und der Schule (Milani-Comperetti). Damit wäre eine Veränderung der Arbeit im Gesundheitswesen und Sozialwesen insofern erbunden, als man lernt, die Probleme des anderen, die Behinderung des anderen zu akzeptieren und nicht beiseite zu schieben.

Gleichzeitig ist jede katastrophische (negative) Darstellung der Lebensgeschichte, die zur Diagnose führt, abzulehnen. Wichtiger ist die Prognose!

3. Die "antiemarginazione" ist überall, in jedem Lebensbereich, möglich.

In Florenz ist die Integration in den Kindergärten, der Schule, der Arbeitswelt und in den Bereich von Weiterbildung vollzogen. Allerdings gibt es in allen Bereichen Maßnahmen zur Unterstützung von Integrationsbemühungen. So arbeiten in den Schulen beispielsweise "animatori", die eine besondere Ausbildung haben, um durch verschiedene Therapieformen (Rollenspiel etc.) pädagogische und sozialpsychologische Probleme aufzuarbeiten. Daneben gibt es "Stützlehrer", die bei Interventionen im wesentlichen mit drei Bereichen zu tun haben:

- Lernprobleme: Die Stützlehrer bieten Förderunterricht für Kinder an, die diese Maßnahme spontan beanspruchen möchten.
- Verhaltensprobleme: Verhaltensauffälligkeiten werden in und mit der Klasse besprochen.

- Schwerste Verhaltensstörungen: Die Form der Interventionen ist unterschiedlich.

Daß die Integration nicht reibungslos funktioniert, zeigt sich bei den Stützlehrern deutlich. Die staatlich eingestellten Stützlehrer, die in den Schulen im Verhältnis 1:4 zum übrigen Lehrpersonal arbeiten, werden von der Schulleitung und den Kollegen oft nicht anerkannt. Viele Interventionen für Behinderte werden (manchmal aus der anderen, parteipolitischen Gesinnung von Schulleitern, die sich auch gegen die "antiemarginazione" stellen); boykottiert.

4. Die Integration in der Form von Florenz muß historisch gesehen werden.

Die Bedeutung der "communita" (Gemeinschaft) in Italien ist sicher einer der Faktoren. Dazu kommt, daß die Stadt in Italien immer selbständig war und gegen den "Wasserkopf Rom" kämpfte. Diese Eigenständigkeit und Trotzstellung begünstigte die Integration, weil man bewußt versuchte, politische und soziale Änderung unabhängig von der Zentrale Rom zu verwirklichen. So wurde z. B. eine Sonderschule umgewandelt in eine ambulante Beratungs- und Betreuungsstelle.

Darüberhinaus spielt auch die parteipolitische und gewerkschaftliche Situation eine wesentliche Rolle im Kampf um die "antiemarginazione".

Wichtig ist allerdings dazu noch eine Voraussetzung: Der Gesundheits- bzw. Krankheitsbegriff muß neu erarbeitet werden. Die Lösung individueller psychosozialer Probleme muß mit einem Krankenschein genauso beansprucht werden können wie die Behandlung somatischer Probleme. Das ist eben in Italien der Fall.

Zusammenfassend betrachtet muß man sagen, daß die Integration als Methode und nicht als Ziel gesehen wird. Integration ist nach einem Besuch in Florenz kein Diskussionsthema mehr, Integration ist keine Alternative, sondern die einzige Möglichkeit einer sozialen Arbeit.

Wen mobilisiert "Mobil"?

Volker Schönwiese

Wir wollen in jeder LOS-Nummer über eine Behindertenzeitschrift berichten. Und zwar über eine Zeitschrift aus dem deutschsprachigen Raum, die uns als gut oder schlecht erscheint. Gerade solche Zeitschriften sind ein gutes Symptom dafür, wie mit Behinderten umgegangen wird, wie Behinderte mit sich selbst umgehen - welche Bilder von Behinderten in ihren "eigenen" Zeitungen produziert werden.

Als erstes berichten wir über die Zeitschrift "mobil", die durch enormen Aufwand auffällt - eine riesige Auflage von derzeit ca. 50.000, Werbung im Fernsehen, hohe Subventionen (z. B. Bezahlung von Seiten durch Landesregierungen, AUVA usw.) - und durch eine Besonderheit: In dem herausgebenden Verein sind Staatssekretärin Johanna Dohnal (SP), Dr. Marlies Parade-Krüppel (FP) und Helene Partik-Pable (FP) vertreten, eine Konstellation, die es sicher kein zweites Mal gibt.

Wenn man nun eine Nummer von "mobil" durchliest (in diesem Fall als exemplarisches Beispiel die Nr. 7/8-1982), so fällt einiges auf:

Funktionäre

Ein Hinweis auf ein ÖGB-Symposium -er beschränkt sich auf das Aufzählen der Namen und der vollen Titel von Funktionären, die geredet haben (Staatlicher Fürsorgerat ... Präsident der Industriellenvereinigung). Dem stehen zwei Behinderte gegenüber "an den Rollstuhl gefesselt" und "an den Rollstuhl gebunden" - also hier die Funktionärs-macht, dort die Gefesselten - inhaltliche Information gleich null - latente Botschaft: Ehre die Funktionäre und die Bürokratie, sie wissen, was gut ist, Behinderte dürfen auch dabei sein ... (S. 4)

Spendenzirkus

"mobil"-Tombula "in den Dienst der Guten Sache" - es gibt viele Spenden und Gönner, Prominente erscheinen persönlich und verteilen Lose; z. B. Partik-Pable (Foto) und Dallinger, alle vereint für die gute Sache - was ist das? Wofür die Spenden sind, weiß "mobil" auch noch nicht - auf jeden Fall Individualhilfe. Das ist der ganz traditionelle Spendenzirkus a la "Licht ins Dunkel" - effektive Hilfe null - latente Botschaft: Behinderte sind arm - es muß für sie, so arm, daß Politiker aller Parteien gemeinsam Das Behindertenproblem ist reduziert auf ein bißchen Geld und Menschlichkeit (S. 5).

Parade-Krüppel

Ein behinderter Hundeabrichter (der einzige Europas!) der mit bewundernswerter Zähigkeit er setzt sich durch (Bild Behinderte mit Freundin, dabei ein ungeheuerlicher Patriarchentext: "Ob auf dem Abrichtplatz oder daheim bei der Freundin Ingrid: Stefan setzt sich durch"). Botschaft: Ein toller Bursche, der seinen MANN stellt Behinderte reißt Euch zusammen: jeder kann Umkehrschluß: wer nicht kann (z. B. im Heim und kaputtgemacht) ist halt arm dran und bedauernswert, er hat es halt nicht geschafft Frauen sind Statusobjekt für den Parade-Leistungs-Krüppel. (S. 6-7)

Behindertenhierarchie

Wieder ein Energiebündel - als Lieblingskind des Kräuterpfarrers dreht er seine Sport-Kurven: Sport bedeutet ihm alles - Sponsor (mit Foto). So viel man Behinderten in der Gesellschaft verweigert, an der Sport- und Leistungsideologie dürfen sie teilhaben.

Man schafft damit die Behindertenhierarchie, die guten Behinderten (die leisten können) und die schlechten (die in Anstalten betreut gehören). (S. 12)

Klischee-Behinderte

Der Klischee-Behinderte, wie er im Buch steht, der verunglückte Rennfahrer, der noch im Rollstuhl weiterkämpft, um ein Champion zu werden und ein "tolles Rennen um Sponsoren" liefert und mit Freundin lebt - so kehrt sich das grausige Gemetzel auf unseren Straßen (kein Schicksal, sondern bedauernd kalkuliertes Nebenprodukt unserer Verkehrspolitik = Behindertenproduktion) zu der Ideologie der Helden der Straße, wahre Heroen, die immer noch (S. 13)



Klischee-Frauen

Ein kurzer Bericht über eine Frau (im Vergleich zu den Männer-Berichten sehr am Rande), die sich Optimismus aneignen hat, als ihr Freund sie in die Natur, freut sich über jede Postkarte, malen, dichten ... Auf der gleichen Seite daneben zwei junge Mannequins (nicht gekennzeichnete Werbung) - Frauenklischees wie es nur geht - dankbar, still, optimistisch, sensibel (S. 15)

Wer will mich?

Unter "Flohmarkt" das Foto einer behinderten Frau im Rollstuhl mit redaktionellem Text zur Kontaktsuche - absolut so wie bei einer Tierversteigerung in der TV-Sendung "wer will mich" - behinderte FRAUEN sind das letzte MITLEIDS-OBJEKT. (S. 21)

Experten

Interview mit Ärztekammerpräsidenten Piaty - betont wohlwollend mit dem bekannt nicht sehr fortschrittlichen Ärztefunktionär (das ist auch wohlwollend formuliert). Expertenmacht, gutächtig-therapeutisch oder sonst irgendwie entscheidend (für die meisten Behinderten) kommt erst gar nicht zur Sprache ... (S. 8)

Ausgliederung

Diskussion um den Behinderten-Sonder-Fahrendienst, wobei es um nichts geht, als um ein paar bürokratische Reförmchen an einem schlechten System - Private Firmen transportieren Behinderte (Beschränkte Ausfahrtszahl, 24-stündige Vorbestellung, oftmalige Wartezeiten und zeitaufwendige, aber für die Firma kostengünstige Sammelfahrten....) und verdienen sicher gut dabei - die öffentlichen Verkehrsmittel (Bus, Straßenbahn und U-Bahn) werden nicht behindertengerecht gestaltet - ein klassischer Vorgang institutioneller Ausgliederung Behinderter aus dem allgemeinen und öffentlichen Regelsystem ... (S. 9)

Sonderinstitutionen

Auf S. 9 wird für eine Sonderinstitution geworben - Kritik an Sonder-Systemen ist "mobil" völlig fremd - Integration, die in aller Munde ist, wird auch hier wieder einmal mit Anpassung und Ausgliederung übersetzt (die latente Botschaft des Artikels)

Technik

Im ganzen Heft sehr viele Artikel über neue technische Lösungen zur Kompensation von Behinderung. Nichts gegen Hilfsmittel,

aber: Das technisch Machbare ist das Lieblings-Spielzeug der Rehabilitation. Damit kann man auch am besten Geschäfte machen. Soziale Fragen sind dabei uninteressant. Z. B. das Recht anders zu sein, sich nicht Werten von Leistung und Ästhetik auszuliefern (diese Werte sind es ja erst, die Behinderung als Eigenschaft auffällig werden und damit entstehen lassen), Behinderung als gesellschaftliches Phänomen zu begreifen und nicht so sehr als individuelles. Wer ins Heim muß, geht, weil es die Gesellschaft will (40.000 in Österreich), wer in die Sonderschule muß, ist dort, weil es die Gesellschaft so will (auch wenn medizinische Gutachter die Legitimation liefern)

"mobil" stellt überhaupt nichts in Frage, sondern produziert die jetzige Situation der Behinderten mit, indem es:

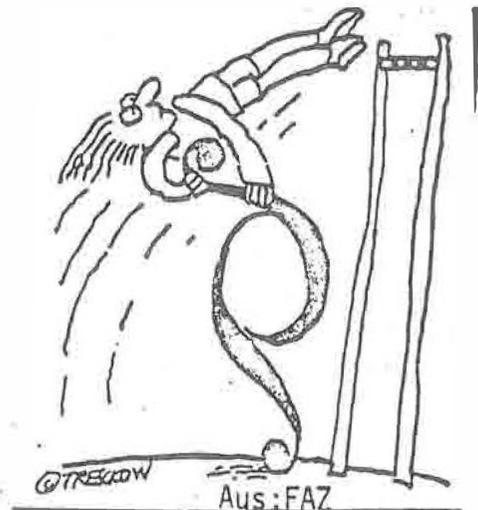
- die leistungsfähigen Behinderten propagiert (wer nicht leisten kann ist damit selbst schuld und fällt unten durch, z. B. geistig Behinderte existieren für "mobil" nicht)
- indem es das jetzige Sonder-Betreuungssystem voll unterstützt, die Aussonderung der Nicht-Anpassungsfähigen
- indem es Funktionäre und Politiker, die am jetzigen System nichts ändern wollen, voll zu Wort kommen läßt. Dabei wird verkündet, was doch schon alles für Behinderte getan wird und damit die jetzige Situation legitimiert. Hier herrscht eine unselige Sozialpartnerschaft von allen politisch Tätigen - in dem Behinderung letztlich als individuelles Schicksal propagiert wird, das keine gesellschaftlich-strukturellen Zusammenhänge in Entstehung (z. B. Arbeitsunfälle) und Folgen (Absonderung) hat.

Nachwort

Obige Kritik bezieht sich auf eine "mobil"-Nummer aus dem letzten Jahr. Es hat mittlerweile heftige interne Kritik gegeben und "mobil" hat nun einen neuen "Chefredakteur".

Die Konsequenz ist, daß die oben angedeuteten Inhalte nun zum Teil abgeschwächter vertreten werden (z. B. nicht mehr ganz so offen frauenfeindlich). Es verirrt sich auch schon einmal ein kleines "Geschlossene Anstalt - NEIN DANKE" auf die Titelseite und es gibt einen lauen Bericht über Hartheim oder über eine Mutter mit einem geistig behinderten Kind, die ihr Kind in keinem Heim lassen wollte (Nr. 2/83). Was stark im Vordergrund bleibt, ist allerdings die Darstellung von offiziellen Leistungen, die immer wieder im Abdruck von reinen p.r.-Artikeln besteht (ob nun für die Leistungen der Stadt Wien, für die AUVA usw.) und nichts mit einer auch nur ansatzweise kritischen Berichterstattung zu tun hat. Gegen alles, was nach "mobils" Meinung "links" ist, wird auch streng abgegrenzt, es wird als "alternativ dahergeschwafelt", bezeichnet usw. Hans Magnus Enzensberger kommt z. B. in einer Buchrezension zu der Ehre folgender Einschätzung: "Ein Linksliberaler, der seine Spezies kennt, die alles totdebattieren, totdemonstrieren und dabei toternt sind, als wären sie auf ihrem eigenen Begräbnis".

In der Spalte daneben kann man als Kontrast wieder einmal von einem "mobil"-Erfolgsbehinderten lesen, der für sportliche Leistungen geehrt wurde, wobei "der Trainingsfleiß, der Einsatz, die Disziplin und die Vorbildwirkung auf die Sportjugend" eine extra Würdigung wert waren. Es lebe der angepaßte "mobil"-Leistungskrüppel!



Behinderter und Schwangerschaft oder: Darf Professor Rett schwanger werden?

Erwin Hauser

Am 15.10.1981 hielt Univ. Prof. Dr. Andreas Rett im Rahmen einer Enquete der Frauenarbeitsgemeinschaft des Bundes sozialistischer Akademiker eine Rede. Das Thema der Enquete war "Frauen und Behinderung", das von Univ. Prof. Dr. Retts Rede "Behinderte und Schwangerschaft".

Nun möchte ich mir armseligen Krüppel erlauben, die Rede von Dr. Rett herzunehmen und sie wort-wörtlich auf ihn selbst anzuwenden; mit kleinen Änderungen, versteht sich.

Im Jahr der Behinderter, einer nicht immer unproblematischen Initiative der Vereinten Nationen folgend, wurde auch in unserem Land von den verschiedensten Stellen und Personen versucht, Themenstellungen aus dem großen Problemkreis der Behinderter zu diskutieren. Dies führte im Lauf dieses Jahres zu einer Flut von Veranstaltungen, deren Verlauf und Erfolg weitgehend von den dort ihre Meinung mitteilenden Behinderten bestimmt war. Wobei in den meisten Veranstaltungen sich nur jene artikulierten, die sich öffentlich mit der Problematik auseinandersetzen wollen oder müssen. Die stumme, große und heterogene Masse der Behinderter hat auch eine oder mehrere Meinungen, artikuliert diese aber nur im engsten Rahmen, weil ihre Vorstellungen zu offensichtlich mit vergangenen Ideologien in Verbindung stehen.

Der Titel "Behinderter und Schwangerschaft" ist zu breit angelegt, um nur Antworten wie ja oder nein zu erhalten. Es müssen

also vielmehr die zahlreichen Behinderter angeführt werden, weil sie ja jeweils eine grundsätzliche Stellungnahme erfordern.

Gemeinsam ist jedoch bei allen die Tatsache, daß der Prozeß: Zeugung, embryonale und foetale Entwicklung, Geburt und kindliche Entwicklung ein Vorgang ist, der auch mit Behinderten als Partnern eine Reihe von Unbekannten enthält.

Wir meinen und stellen dies als langjährige Erfahrung voran, daß der ärztliche Behinderter, der sein soziales Leben, sein Minderwertigkeitsgefühl und seine Existenzängste nur durch Bevormundung und Entmündigung, durch Behinderung anderer überwinden kann, nicht schwanger werden sollte, und daß alles im Rahmen der gesellschaftlichen Möglichkeiten getan werden muß, um Schwangerschaften zu verhüten. Selbst wenn in einem solchen Fall das zu erwartende Kind scheinbar behindert sein könnte, ist doch die Frage zu stellen, wie der Vater dieses Kind aufzuziehen und zu erziehen vermag, wenn der große intellektuelle Rückstand dies nicht möglich macht, weil ja der Vater kontinuierliche Objekte für seine Bevormundung braucht, weil er sich ja ständig wichtig machen muß und immer dann, wenn er am allerwenigsten gefragt wird, seinen Senf zu allen möglichen Problemen gibt, die ihn im Prinzip überhaupt nichts angehen. Das Kind kann doch unter derartigen Umständen nie den Boden für eine eigenständige Entwicklung vorfinden.

Hier muß auch die Frage nach der Partnerin

dieser Schwangerschaft und ihren sozialen, moralischen und intellektuellen Eigenschaften gestellt werden. Die Meinung, daß ein solches Kind dann eben in einem Heim bzw. von den Großeltern aufgezogen werden sollte, ist zu primitiv, um akzeptiert werden zu können. Wir wissen, daß solcherart fast immer ein sozialer *circulus vitiosus* beginnt, dessen zwangsläufiges Schicksal uns zu bekannt ist. In einer Zeit, in der jährlich zehntausende Früchte abgetrieben werden, sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, Schwangerschaften von Ärzten zu verhüten. Dem Arzt als potentiellen Vater oder potentieller Mutter stehen also eine Reihe von ernst- und bedenkenswerten Hindernissen gegenüber.

Zur Frage der Schwangerschaft ärztlicher Behinderer sollte es also nur eine eindeutige Haltung geben. Bei anderen Behinderern liegen die Probleme grundsätzlich anders. Selbstverständlich spielt hier das Ausmaß des Behinderens eine Rolle. Die Folgen einer Tätigkeit als Geistlicher formen die Psyche anders als die Tätigkeit als Politiker. Im ersten Fall ist die praktisch immer normale Intelligenz ein Maß der Entscheidung, wozu selbstverständlich auch der Grad des Behinderens eine Rolle spielt, das wiederum die Bewältigung des väterlichen Alltags bestimmt.

Es ist in den uns bekannten Fällen ein oft unvorstellbares Kompensationsvermögen, das bei vielen Männern freigesetzt wird. Im zweiten Fall, beim Politiker, ist die Auswirkung auf die Psyche viel deutlicher. Im Grunde ist es die Frage der Abhängigkeit, das heißt inwieweit ist der Betreffende von seiner Bevormundung anderer abhängig, die maßgebend ist.

Hier ist grundsätzlich festzuhalten, daß in der Frage "Behinderer und Schwangerschaft" nicht nur der Kinderwunsch der Eltern, sondern auch die humangenetische Belastung und die Komplikationen bei der Erziehung der Kinder wichtig und bestimmend sind. Wie das Kind seinen behindernden Vater erlebt, welche Vielfalt von Ängsten, Sorgen, Wünschen und Spannungen, Hemmungen, aber auch Aggressionen im Laufe eines kindlichen Lebens mit starker Wirkung auf das eigene Erwachsenen- Leben und die

gehegten Erwartungen es empfindet, ist ein wesentliches Argument in dieser Diskussion. Unsere Zeit hat den Willen zum Kind weitgehend unter die modernen Erkenntnisse der Biologie gestellt. Geburtenregelung ist heute ein allgemein bekannter Begriff des sozialen Lebens. In einer Zeit, in der "das Kind kein Zufall" zu sein braucht, in der die Menschen so viel mehr um Schwangerschaft, Geburt und frühkindliches Leben wissen, sollte dem Behinderer also jeder sinnvolle Rat gegeben werden, jede Hilfe zuteil werden, um ihm zu helfen, seine Probleme zu lösen.

Grundsätzliche Voraussetzung zur Schwangerschaft sollte ein ausreichendes Maß an Eigenverantwortlichkeit, Selbsteinschätzung und menschlicher Vernunft sein. Ohne diese Bedingungen wäre das zu zeugende, zu gebärende Leben und zu erziehende Kind einem Übermaß an Belastungen ausgesetzt, die sein Leben in unserer Zeit unerträglich machen könnten. Der Wunsch zum Kind als unreflektierte instinktgebundene Ursache einer Gravidität reicht nicht aus, alles das zu garantieren, was wir heute Lebensqualität nennen und damit als Voraussetzung zu einem erfüllten sozialen und humanen Leben fordern.



Fahrtendienst für Behinderte

Zwangsbeglückung oder echte Hilfe?

Anna Hoensseldl/Wolfgang Stachel

Man kann dazu stehen wie man will - eines ist klar: Viele Behinderte sind auf Grund ihres körperlichen Handicaps auf diesen Dienst angewiesen, der in Wien im Jahre 1977 eingeführt wurde. Grundbedingung, um diese Beförderungsart in Anspruch nehmen zu können, ist die Tatsache, daß man in Wien gemeldet sein muß. Kein Wunder, ist doch die Bundeshauptstadt die einzige Stadt Österreichs, die über eine solche Einrichtung verfügt. Denn in den Bundesländern ist man allen Ernstes noch immer davon überzeugt, auf ein solches Verkehrsmittel verzichten zu können. Und so kommt es, daß Körperbehinderte des restlichen Österreich auf das Rote Kreuz und ähnlichen Hilfsorganisationen angewiesen sind, die sie aber in den meisten Fällen auch nur dann in Anspruch nehmen können, wenn ein Arzt- oder Krankenhausbesuch auf dem Programm steht bzw. den Betroffenen eine Therapie verordnet wird.

Wie aber ergeht es demjenigen Betroffenen, der im Rollstuhl nach Wien kommt - sagen wir einige Tage auf Besuch? Dieser Mensch muß schon sehr begütert sein, um mobil zu werden. Er ist praktisch auf die Benützung von Funktaxis angewiesen, denn öffentliche Verkehrsmittel kommen auf Grund ihrer behindertenfeindlichen Bauweise nicht in Frage.

Dieser Umstand war ja auch der Hauptgrund, in Wien einen Fahrtendienst für Körperbehinderte einzuführen. Es war anfangs schwer genug, die Verantwortlichen der Millionenstadt von der Notwendigkeit eines solchen Unternehmens zu überzeugen. Diese Situation änderte sich jedoch schlagartig, als in Wien mehrere

Gruppen, wie z. B. die Alternativgemeinschaft Körperbehinderter und Nichtbehinderter, das Institut für soziales Design sowie die Wiener Elterninitiative, forderten, die öffentlichen Verkehrsmittel endlich behindertengerecht auszubauen. Dadurch hellhörig geworden, faßte eine andere Gruppierung im stillen Kämmerlein den Entschluß, einen Fahrtendienst für Körperbehinderte aufzubauen: der Club-Handicap. Eine Idee, die der Gemeinde Wien - bei Forderungen behinderter Mitbürger immer wieder **r a t l o s** - gerade recht kam. Ersparten sich doch die Rathauspolitiker bei dieser Lösung die beim Gedanken, öffentliche Verkehrsmittel für **A L L E** Wiener bauen zu müssen, zwangsläufigen Schweißausbrüche.

Und so wurden sich die Gemeinde sowie Josef L. Neuhardt, Obmann des Club Handicap, rasch einig. Man setzte einen unbefristeten Vertrag auf, in dem sich die Bundeshauptstadt verpflichtete, jährlich eine bestimmte Summe für den Fahrtendienst zur Verfügung zu stellen. Der Club Handicap seinerseits mußte von seiner ursprünglichen Vorstellung, nur Rollstuhlfahrer befördern zu wollen, abgehen und auch gehbehinderte Personen aller Altersstufen in die Überlegungen mit einbeziehen. Weiters übernahm der Club Handicap die Ausgabe sogenannter "Fahrtenbons", die dem Straßenbahntarif angeglichen sind. Mit deren Erstedung holt man sich die Berechtigung, diese Verkehrsmittel zu benützen. Ein privates Unternehmen, in dessen Dienst zwanzig behindertengerechte Fahrzeuge stehen, wurde beauftragt, die Fahrten durchzuführen und die Bestellungen der Benutzer entgegenzunehmen. Die Idee schlug ein, das Unternehmen wurde ausgebaut.

Dem aufmerksamen Leser sowie der darüber

wenig informierten Bevölkerung wird dadurch der Eindruck erweckt, daß wirklich alles Menschenmögliche unternommen wird, um den behinderten Mitbürgern ein integriertes Leben zu ermöglichen. Es gibt trotzdem keinen Grund, einen Lobgesang auf dieses Unternehmen anzustimmen, schon gar nicht wenn man weiß, wie die Praxis funktioniert. Um möglichst rationell zu sein, führt man Sammelfahrten durch und legt die Routen fest, die gefahren werden sollen. Allerdings erst knapp bevor der jeweilige Fahrer seinen

SIE DÜRFEN NICHT !!!! Können Sie sich vorstellen, daß man Ihnen vorschreibt, wie oft im Monat Sie Veranstaltungen besuchen dürfen? Sicher nicht. Während Sie ein Taxi rufen, teilt Ihnen der Fahrer mit, in wieviel Minuten Sie abgeholt werden. Eine Vorgangsweise, die bei den Behindertentaxis unmöglich ist. Der darauf Angewiesene hat keine Chance befördert zu werden, meldet er sich nicht mindestens vierundzwanzig (!!!) Stunden vorher an. Da man in der Zentrale des Fahrtendienstes nicht in der Lage ist,



Einsatz beginnt. Und der Schein trügt, wenn man erfährt, daß sich die Verantwortlichen der Behindertentaxis zu Beginn des neuen Jahres von der großzügigsten Seite zeigten. Gelang es ihnen doch durchzusetzen, daß nunmehr für alle Benützer dieser Verkehrsmittel nicht mehr acht, sondern sogar zwölf Bons pro Monat bestimmt sind. Angesichts dieser Tatsache müßte allen Betroffenen vor Freude das Herz im Leibe lachen. Denen will das Lachen allerdings nicht so recht gelingen, können sie doch recht schwer vergessen, welche Erlebnisse ihnen diese Beförderung beschert.

Wie gerne würden auch sie öfter als sechsmal im Monat Veranstaltungen besuchen. ABER

genaue Zeiten anzugeben, empfiehlt es sich für Betroffene, bereits eine Stunde vor dem angegebenen Termin abholfertig zu sein. Den Fahrer selbst kümmert es wenig, wenn Kunden überrascht sind, weil sie früher abgeholt werden oder unangenehm lange warten müssen. Noch schlimmer ergeht es allerdings Kunden, die am Abend eine Veranstaltung besucht haben. Wartezeiten bis zu zwei Stunden sind keine Seltenheit. Ob Betroffene in der Kälte warten spielt dabei keine Rolle. Der Grundsatz des Unternehmens, um 23.00 Uhr seinen Dienst zu beenden, verschärft diese Situation zusätzlich. Je näher dieser Zeitpunkt rückt, desto ungemütlicher werden die Fahrer und man merkt deutlich, wie wenig Verständnis die Gesell-

schaft dafür hat, daß auch Behinderte am geselligen Nachtleben teilnehmen möchten. Und so ist es auch kein Zufall, daß Betroffene immer wieder angeben, daß man ihnen spüren läßt, wie dankbar sie eigentlich sein müßten, daß es eine solche Einrichtung gibt.

Wie aber reagieren die Verantwortlichen dieser Beförderungsart, wenn man ihre Fahrer in die wartende Rolle drängt? Dies versuchten einmal einige Leute aus einem Jugendzentrum, unter ihnen der Rollstuhlfahrer Rudolf S., zu ergründen. Man beschloß zu fünft in Schönbrunn ein Eis zu genießen. Drei Minuten vor der abgelaufenen Frist, der Fahrtendienst kündigte sein Kommen zwischen 19.30 und 20.00 Uhr an, kreuzten wir mit Rudolf S. wieder vor dem Jugendzentrum auf, wo das Taxi bereits etwa fünf Minuten wartete. Kaum war das Taxi mit seinem Kunden verschwunden, schrillte im Jugendzentrum das Telephon, der verantwortliche Sozialarbeiter wurde verlangt, und vom Chef des Fahrtendienstes beschimpft, hatte er sich doch unterstanden, einen seiner Mitarbeiter warten zu lassen.....

Dieser Fahrtendienst leistet sich aber auch Ausrutscher, die soweit gehen, daß man auf Kunden einfach vergißt. So erging es z. B. Michaela T., deren Mutter schließlich den rettenden Engel spielte, und ihr doch noch eine Nacht im eigenen Bett ermöglichte. Aber Michaela machte auch auf andere Art und Weise mit diesem Verkehrsmittel negative Erfahrungen. Obwohl sie sich vor einiger Zeit etwa dreißig Stunden vor dem Abholtermin anmeldete, erklärte man ihr, daß man sie nicht befördern könne, da zwei große Behindertenverbände eine Weihnachtsfeier veranstalten und man dazu alle zur Verfügung stehenden Fahrzeuge einsetzen müsse. Tatort der besagten Feier - keine fünf Fahrminuten von dem Lokal entfernt, an dem Michaela abgesetzt werden wollte....

Solche Ereignisse sprechen sich natürlich bei den Betroffenen rasch herum, und so waren immer lauter werdende, kritische Stimmen gegen dieses Unternehmen die zwangsläufige Folge. Sogar eine seit ca. drei Jahren bestehende Behindertenzeitschrift (LOS urteilt an anderer Stelle über dieses Blatt), die bisher hauptsächlich dadurch

auffiel, allen Auswüchsen in der Behindertenszene völlig kritiklos gegenüberzustehen, muckte nach dem Wechsel des Chefredakteurs plötzlich auf und nahm die Organisation des Fahrtendienstes unter Beschuß. Kündigte doch Josef Neudhart Anfang des Jahres vier der fünf Unternehmen, die Behindertenfahrten aller Art durchführten, die Freundschaft, sprich das Fahren mit Fahrtenbonsbesitzern. Neudhart begründete diese Maßnahme damit, daß diese Unternehmen nur selten die Bestimmung einhielten, wonach sich Betroffene höchstens eine Stunde im Fahrzeug aufhalten dürfen. Ist es doch in dieser Branche üblich, 130,- S pro angefangene Stunde zu verrechnen....

In der Zwischenzeit richtete der Club Handicap eine eigene Funkzentrale für den Fahrtendienst ein. Die Finanzierung bleibt im Dunkeln und auch an der bisherigen Organisation ändert sich vorerst nichts. Der einzige Unterschied: Man arbeitet genauer als früher. Und so tauchen Aufstellungen über bestellte und verfahrere Bons auf, sowie darüber, wieviele Betroffene diesen Dienst in Anspruch nehmen. Und hier verblüfft die Tatsache, daß nur etwa 10% der Benützer alle die für sie bestimmten Bons, an sich wenig genug, auch restlos ausnützen. Dieser Umstand wird freilich verständlicher, wenn man weiß, daß hauptsächlich ältere Menschen, deren Geldmittel meist knapp sind, zu den Benützern dieses Verkehrsmittels zählen. Ein Beweis, welche große Rolle die Kostenfrage spielt, ist das sprunghafte Ansteigen der Fahrtenbestellungen, wenn ein Veranstalter die Fahrtkosten ersetzt.

Nicht von ungefähr kamen auch die Beschwerden von auf Begleitpersonen Angewiesenen, die kein Verständnis dafür hatten, auch für diese zahlen zu müssen. Kurzerhand beschloß man diesem Problem Abhilfe zu schaffen, indem man Begleitpersonen künftig kostenlos mitfahren ließ. Eine Unzahl von Begleitpersonen sprossen daraufhin aus dem Boden. Auf diese Weise ausgenützt, erhebt sich allerdings die Frage, ob dieser Beschluß nicht eher eine Benachteiligung der Betroffenen darstellt. Sollte man doch bedenken, daß diese wohl nie Aussichten auf eine kostenlose Beförderung haben werden. Abgesehen davon, könnten doch

Begleitpersonen für ihre Beförderung jederzeit selbst aufkommen und allen Beteiligten wäre geholfen. An den finanziellen Mitteln der Benutzer scheitert aber auch die durchaus mögliche, vertraglich mit der Gemeinde Wien festgelegte, Verwendung sogenannter "Monatsfahrkarten". Denn kaum jemand wäre bereit, dafür 400,- S zu bezahlen.

Aber auch die Kritik betreffend die Wartezeiten oder das Vergessen von Betroffenen ging nicht spurlos an dieser Organisation vorbei. Und so arbeitete man einen Fragebogen aus, um die Wünsche der Betroffenen besser berücksichtigen zu können. Daraus ergab sich, daß zum zweiten Mal in diesem Jahr die Anzahl der Fahrtenbons pro Monat angehoben wurde. Diesmal von zwölf auf zwanzig. Bisher waren nur in Ausnahmefällen zwanzig Bons zugesichert worden. Auf Wunsch der Beantworter des Fragebogens werden seit kurzem auch normale Funktaxis für Behindertenfahrten herangezogen. Freudig und befreit könnten Betroffene beim Vernehmen dieser Nachricht aufschreien. Aber sie tun es nicht. Denn auch in diesem Fall muß die gewünschte Fahrt vierundzwanzig Stunden vorher angemeldet werden. Diesmal beim Club Handicap. Denn seit 5. April dieses Jahres läuft nicht nur die Bonbestellung, sondern auch die Zuteilung der Fahrzeuge über diesen Verein. Dies hat nur einen Vorteil: Man kann im Notfall auch vier Stunden vor der gewünschten Fahrt ein Fahrzeug bestellen. Der Nachteil: Die Telefonleitung ist fast ständig überlastet, dadurch braucht der Betroffene viel Geduld und gute Nerven, will er/sie eine Fahrt anmelden. Besonders gute Nerven brauchen allerdings Fahrtendienstbenutzer, wenn es um Krankenkassenfahrten geht (z. B. Krankenhausbesuch). Solche Fahrten dürfen nicht über den Fahrtendienst des Club Handicap abgewickelt werden. In diesem Falle müssen sich die Betroffenen mit den restlichen Unternehmen, welche Behindertenfahrten durchführen, in Verbindung setzen. Ein heilloses Durcheinander ist gesichert....

Stellt man Josef Neudhart die Frage, warum er den Fahrtendienst ins Leben gerufen habe, so meint er, daß es sinnlos sei, den behindertengerechten Aus- und Umbau

der öffentlichen Verkehrsmittel zu fordern, da diese Forderung nicht zu verwirklichen sei.

Auch die Autorin sowie der Autor dieses Beitrages (beide Mitglieder der Alternativgemeinschaft Körperbehinderter und Nichtbehinderter) sind sich im klaren darüber, daß diese Forderung kurzfristig nicht zu verwirklichen ist, doch sollen solche Forderungen in erster Linie zum Nachdenken bzw. Umdenken anregen. Denn wie soll sich die Bevölkerung ein Bewußtsein gegenüber Behinderten aneignen, wenn man diese Bevölkerungsgruppe immer wieder vor dem Alltag versteckt???

Scheu, R a t i o s i g k e i t im Verhalten gegenüber Behinderten, wenn man nicht mehr wegschauen kann, und Mitleid sind die Folge.

Und die natürliche Begegnung bleibt weiterhin auf der Strecke.



“I hob ma denkt, die Kinder werns versteßn”

Ein Videofilmprojekt der Arbeitsgruppe für integrative Vorschulerziehung (AgiV) über Integration im Kindergarten

Die Forderung einer gemeinsamen Erziehung für behinderte und nichtbehinderte Kinder, die Bestrebungen zur Abschaffung der Sondereinrichtungen für behinderte Kinder, der Kampf gegen jene "objektiven" Kriterien, die Kinder zu Behinderten stempeln, das einfache Bekenntnis zur Integration also, bleibt trotz der Vielzahl verschiedenster Initiativen noch immer nicht unwidersprochen.

Die Ängste der Eltern behinderter Kinder werden scheinbar noch immer am besten durch die therapeutischen und medizinischen Einrichtungen der Sonderkindergärten beruhigt. Die betroffenen Kindergärtnerinnen, wohl gedanklich für integrative Erziehung eingestellt, stehen der tatsächlichen integrativen Praxis unsicher und unentschlossen gegenüber. Um solchen Unsicherheiten und Ängsten entgegenzutreten und einer größeren Öffentlichkeit zu zeigen, daß Integration nicht nur möglich und eben Segregation das Widersinnige ist, ist die Idee zu diesem Videofilm entstanden.

Die Arbeitsgruppe für integrative Vorschulerziehung, eine Gruppe aus Eltern behinderter Kinder, Kindergärtnerinnen, Psychologen und Pädagogen versucht seit 1979 ihre Zielsetzungen zur Integration behinderter Kinder durch Diskussionsveranstaltungen, Publikationen und Zeitungsartikeln in die Öffentlichkeit zu tragen.

Die "Stars" des Films sind drei burgenländische Kinder, Tamara, Florian und Christopher, alle von Geburt an mehrfach behindert. Gemeinsam ist allen drei, daß sie mit nichtbehinderten Kindern in die Regelkindergärten an ihren Heimatorten gehen. Diese doch gar nicht so gewöhnliche Situation

der gemeinsamen Vorschulerziehung ist im Burgenland möglich und üblich. Als eines der wenigen Bundesländer besitzt das Burgenland keine Sondereinrichtungen im Vorschulbereich. Somit werden behinderte und nichtbehinderte Kinder gemeinsam in Normaleinrichtungen untergebracht. Psychologische, therapeutische und medizinische Hilfe leistet ein Betreuungsteam aus Therapeuten, Sonderkindergärtnerinnen, Psychologen und Ärzten.

Und diese "besondere" Normalsituation ist der Hauptinhalt des Films. Stellungnahme und Erfahrungsberichte der Eltern, der Kindergärtnerinnen und Therapeutinnen beleuchten und ergänzen das Bild des ganz alltäglichen Lebens im Kindergarten. Diesen Videofilm, der sich als Information und Diskussionsgrundlage versteht, sollten alle Kindergärtnerinnen und Sonderkindergärtnerinnen, Therapeutinnen, Eltern und Elternvereine, Sozialarbeiter und zweifelnde Politiker zu sehen bekommen.

Der Videofilm, der mit Unterstützung des Medienzentrums des Landesjugendreferates der Gemeinde Wien und der Burgenländischen Landesregierung gedreht wurde, ist für alle gängigen Videosysteme kopiert und steht zum Verleih bereit. Neben dem Film gibt es ein Filmbegleitheft, das grundsätzliche Informationen bietet, und ein Filmplakat zur Ankündigung einer möglichen Vorführung (gegen einen kleineren Unkostenbeitrag). Im Sommer wird außerdem eine Dokumentationsbroschüre zu Integration, Kindergarten-situation und über die Dreharbeiten des Films aufliegen.

Weitere Informationen und Verleihauskünfte erhalten Sie bei Grete Anzengruber, 1080 Wien, Bennogasse 13/26, Tel. 43 65 144 oder im Medienzentrum des Landesjugendreferates Wien, 1070 Wien, Zieglergasse 49, Tel. 93 02 09

das bleiben der dämmerung

Helmut Schiestl

unbeholfen sah er in die dämmerung. die streifen, die sie am horizont hinterließ, er sah die veränderung, die tagtäglich vor sich geht. er verließ das haus, in dem er gespeist hatte, ober ihm flogen kreischend ein paar krähen.

er ging hinein in die u-bahn-haltestelle, dort wo schönheit nichts als schönheit ist, suche nicht suche nach wahrheit oder sonst was, sondern einfach suche. er fuhr mit dem zug bis zur endstation, neben ihm sah er das bett, in dem sie lag.

auf der suche nach ihr war er schon einige kilometer weit gelaufen in dieser stadt und dabei mochte es nur ein mitleidiges lächeln sein, das sie ihm schenkte.

ein durstgefühl begleitete ihn, machte ihn so aufmerksam wie ein tier. "ich werde zwar versagen, aber dennoch mein leben zur aufzeichnung machen, nach der kommen wird, was nicht schon geschehen ist", dachte er.

mißtrauisch hatte die wirtin in sein gesicht gesehen, und er hatte es ausgehalten, ohne dabei zusammenzubrechen, so wie er, zwei tage später, ihren anblick ohne zusammenzubrechen, oder wenigstens in einen weinkrampf zu verfallen, aushielt.

gern hätte er zu ihr gesagt, "hier sind 10.000 \$, komm und schlaf mit mir!", wäre da nicht die befürchtung gewesen, von ihr dabei endgültig ausgelacht zu werden.

er ging über die straße. ein polizeiwagen fuhr mit folgetonhorn an ihm vorbei. wie kam ihm diese welt wieder bekannt vor!

daß ihn niemand liebte, konnte er ja noch verstehen, daß ihn aber auch niemand haßte, war ihm unerklärlich und beunruhigte ihn. nicht einmal im haß könne er der welt gleich werden. nicht einmal dieses bißchen herausforderung war ihm gegönnt. niemand schlug ihm ins gesicht, keine frau kratzte ihm die augen aus und machte

ihn so zum gegenstand ihrer konfrontation mit der welt. so konnte er (oder durfte er) nie zurückschlagen, nie das gefühl haben, auf widerstand zu stoßen, auf nennenswerten.

so ging er durch eine zeitlosigkeit; in seinen augen wurde es nicht mehr tag, wick die dämmerung nicht mehr aus seinem kopf. verrückt, verrückte krankheit, die er da mit sich herumschleppte und aus der er nicht entrinnen konnte.

die frau, die er besuchte, konnte nichts für ihn tun, und er hatte ihr nichts als einen freundschaftlichen kuß gegeben.

so gebar er traurigkeit in dieses ihr gesicht hinein, auf die sie ihm nur mehr ein teilnahmsloses "mach's gut" zum abschied nachrief, worauf er wortlos die tür hinter sich schloß. er rannte ziellos durch die vernebelte stadt, ließ sich von den menschen anstarren, die ihm begegneten, wie ein clown, der von irgend einer firma oder einem kaufhaus zu werbezwecken auf die straße geschickt wird.

doch das hätte ihm alles nichts ausgemacht, wären andere oder eben sie da gewesen und hätte den arm um ihn gelegt oder ihn geküsst, wäre auch einfach nur dagewesen, um so der wirklichkeit zu widerstehen.

er wußte, die menschen fotografierten ihn mit ihren augen, sie brauchten dazu gar keine kameras, sie hatten diese schon eingebaut in ihr gesicht. sie berührten ihn in seiner privatheit, zerstörten so das gefäß seiner sicherheit, ließen alles an ihm zu einem trivialen witz erstarren. er entkam nicht mehr ihren fängen, ihren einengungen, er war nicht mehr frei. er erstarrte in ihren händen, und er wußte das.

er ging zu tück in die wohnung seines freundes, die er eine zeit lang - so lange er eben in der stadt bleiben wollte - bewohnen durfte. er legte sich auf das bett und schloß die augen. er war allein.

